



# DEMOKRATISCHER @WIDERSTAND

Willkommen bei uns, Harald Schmidt ☺ Seite 14  
Journalist Elsässer zum Thema COMPACT und NANCY ☺ Seite 4

Komm zu uns! ☺ Seite 15



Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 183, Samstag, 17. August 2024 bundesweit. Kein Medienkonzern, kein Parteiblatt, keine Lüge, keine Reklame. **2,50 EURO** am Kiosk und im freien Verkauf  
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

**EMA: ÜBER 25.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 660.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN**

# FRIEDEN

Mup!  
שלום!  
Paix!  
Peace!



Titelgestaltung: Collage DW/Ute Feuerstacke/  
Anselm Lenz/mit Archivmaterialien von Rudolph Bauer,  
J. Heartfield, K. Menschik, O. Schattauer

**D**ie Mächtigen der Erde drehen mal wieder am ganz großen Rad: Das US-Dollarsystem geht nieder.

Seit März 2020 fällt unseren Herrschern nichts mehr ein, als ihre Probleme zu unseren machen zu wollen, uns zu belügen, zu bedrohen, aufzuheizen, zu zensieren, zu quälen, auf unseren Straßen und teils in unserem Zuhause niederzuprügeln und in Kriege zu treiben. Doch die Völker der Erde haben die Schnauze voll von dem perversen *Game*. Er ist seit jeher »die Notbremse« bröckelnder Herrschaft: Der Krieg. Die Herrschaftsquaden ihrer jeweiligen Epoche finden sich in einer Situation wieder, in der sie glauben, nun alle Hebel in Bewegung setzen zu müssen und »bis zum Letzten« zu gehen. Zumeist fiel zuvor die Profitrate, die Gewinnaussichten trübten sich »nachhaltig« ein, die Pfründe drohten zu schwinden. Herrschaftshierarchien standen in Frage.

KRIEGSNEBEL IN DEN  
FARBEN DES REGENBOGENS

Doch alles soll nur *Sex and Crime* sein? Ein absurder Kriegsnebel in den Farben des Regenbogens wurde seit März 2020 um uns alle herum ausgebreitet. Anstatt uns im Moment des neuerlich abrauschenden US-Kapitalismus (Einbruch des Repo-Wertes in den USA ab Ende 2019, DW berichtete) per Volksabstimmung festzulegen, unter welchen Regeln wir künftig miteinander leben und wirtschaften können, ließen uns unsere Obersten belügen – und die vermeintlich Nutzlosen teils totspritzen. Corona war keine gefährliche Seuche. Die Daten der EMA-Behörde weisen über 25.000 Tote in direkter Folge der Injektionen unter dem Stichwort »Corona« aus, über 660.000 schwere Nebenwirkungen; als Dunkelziffern werden gut begründet leider jeweils Vielfache davon geschätzt. Als zum Jahreswechsel 2021 auf 2022 der demokratische Widerstand gegen die perverse Agenda – der am 28. März 2020 auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz seinen historischen Ausgang nahm – zu stark geworden war, begann der Stellvertreterkrieg um die Ukraine, wenig später der Wahnsinnsangriff auf israelisches Grenzgebiet mit der weiteren Eskalationsfolge der Invasion und des Völkermords im palästinensischen Gaza (Völkermord laut Urteil des Internationalen Gerichtshofes). Aber wir Menschen können es besser. Alle. Weiter Seite 14

+++ KIOSK! 2,50 € +++

- |   |  |   |
|---|--|---|
| <b>6</b> DEMOS BUNDESWEIT<br>Neue deutsche Friedens- und<br>Demokratiebewegung in<br>Ost und West | <b>8</b> FREIE SACHSEN<br>Parteigründer Kohlmann:<br>Inlandsgeheimdienst nennt<br>uns »Mobilisierungsmaschine« | <b>15</b> ANGSTMACHE<br>Christen im Widerstand<br>greifen<br>weltlich ein |
|---|--|---|



# NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW 183

- FRIEDEN! PAIX! PEACE!, Seiten 1, 14
- Der Preis der Republik geht an unseren Kollegen an den Druckmaschinen, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: Gleich = geschaltet, Seite 2
- Großlüge mit Kleinlügen, Seite 3
- Interview mit Jürgen Elsässer: »Faschistin Fäser fürs Erste gestoppt!«, Seite 4
- Prof. Martin Schwab: Das Compact-Verbot ist juristisch haltlos (Teil 3), Seiten 4, 5
- Neues aus Absurdistan: Sorgt Faeser für Rekordabsatz von Bademänteln?, Seite 5
- Sieg für die Pressefreiheit: Nancy jetzt auch im Print, Seite 5
- Demonstrationkalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Querdenker-Gerichtshof, Seite 6
- Sieg vor Gericht, Seite 7
- Demo-Impressionen, Seite 7
- Interview mit Martin Kohlmann: »VS bezeichnet uns als Mobilisierungsmaschine«, Seite 8
- Leserbrief, Online-Hinweise, Seite 8
- Arne Schimmer: Sachsen kann es auch allein, Seiten 9, 10
- Motor Mittelstand: Untenrum wird's kalt, Seite 10
- Kolumne Medien: Black-Red-X, Seite 10
- Der ewige Krieg, Seite 11
- Martin Lichtmesz: Kein Umdenken in England, Seiten 12, 13
- DW-Verteiler werden, Seite 13
- FRIEDEN! PAIX! PEACE! (Fortsetzung vom Titel), Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- Zitat der Woche: Harald Schmidt, Seite 14
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Sport mit Berthold: Ohne Eltern keine Sportförderung, Seite 15
- Christen im Widerstand: Klaviatur der Angst, Seite 15
- Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

**IMPRESSUM** | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 183. Ausgabe ab Samstag, 17. August 2024. | Redaktionsschluss war am 15. August. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung. Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: [demokratischerwiderstand.de](http://demokratischerwiderstand.de)

**Chefredakteure:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ulrich Mies, Torsten Wetzels, Batseba N'Diaye, Marvin Benfer, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. Assoziiert: Prof. Dr. jur. Martin Schwab. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klump. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UFP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S•M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden. Jahresabo: [DemokratischerWiderstand.de/Abos](http://DemokratischerWiderstand.de/Abos)

**NICHTOHNEUNS.DE** | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Wir

Ja!

Republik,  
Gewaltenteilung,  
Demokratie



Unseren Kollegen an  
den Druckmaschinen

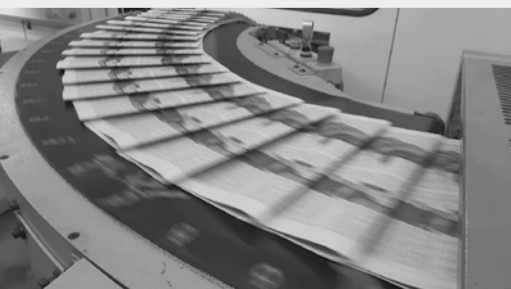
*Der Preis der Republik geht an  
»Whistleblower« mit der  
Druckertinte.*

LAUDATIO von Batseba N'Diaye

**U**nauslöschlich echt: Wir feiern den mutigen Drucker, der uns den wahren Lesestoff ermöglicht, die Mächtigen erschüttert und uns Menschen verbündet hilft.

Er steht zu Unzeiten an den Maschinen, prüft Druckdaten, legt Papierrollen ein, justiert Walzen, belichtet Platten, befüllt Farbkanäle, packt und rackert. Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung entstand März 2020 zunächst durch zwei Flugblätter. Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz verfassten die DIN-A4-Schreiben, kurz nachdem ein Ausnahmezustand ausgerufen worden war, mit dem klargemacht wurde: Ab jetzt gelten Grundrechte nicht mehr! Ein Konglomerat aus Konzernkapitalisten, Medienkonzernen und Berufspolitikern will Geschichte schreiben – ohne uns die Pläne vorzulegen und uns, das Volk, darüber abstimmen zu lassen, wie und ob wir sie wollen. Die Flugblätter, die Sodenkamp & Lenz im März 2020 in der gesamten Stadt verbreitetet hatten, waren mit den zwei inzwischen ikonisch gewordenen Querbalken betitelt und dem Futura-Schriftzug

**DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN »WHISTLEBLO-WER« MIT DER DRUCKERTINTE. AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.**  
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz (2020), Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyley, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Tietzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dalli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzias, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nida Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmair, Perin Dinektj, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Kräthling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérat, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Räper, Dietrich



DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Gleich = geschaltet

EINWURF von Dr. phil. Werner Köhne

**E**s spricht einiges dafür, dass der Faschismus gegenwärtig in der Gestalt des Antifaschismus auftritt. Die Folgen dieser perfiden Verkehrung sind inzwischen spürbar und lassen sich auch durch diskursive Aufklärung nicht aus der Welt schaffen.

Wer der Anweisung, gegen rechts zu sein, nicht blind folgt, wird rundum als Nazi aus- gesondert, damit Goebbels und der SS zu- gerechnet. Zweifellos ein Akt der Verharm- losung des realgeschichtlich auftretenden Faschismus. Sollte womöglich dies das Ziel der Kampagne »gegen rechts« sein, ja ihr eigentliches Profil ausmachen: das The- ma Auschwitz endgültig abzuräumen? Zu- mal in einer Gesellschaft, in der moralische Werte in Sprachmuster des politisch Kor- rekten und Richtigen eingengt werden.

AUF EINER DAUERBÜHNE  
DER ZUKUNFT PERFORMEN

Es erscheint geradezu leicht, in einer Welt der schnellebigen Kommunikation, Urteile reflexartig in Verurteilungen zu überführen und so eine krude Eindeutigkeit zu erzwin- gen. Man muss dabei nur aus dem Univer- sum einer Sprache schöpfen, die Wirklich- keit nicht mehr abbildet, sondern mit Hilfe von Frames und sinnentleerten Monomani- en überhaupt erst schafft.

Ich denke hierbei an den Geschichtener- zähler und Philosophen Hegel, der in seiner Dialektik die Wahrheit eines Phänomens kurioserweise in dessen Gegenteil vermu- tet. Etwa in der Art: Die Wahrheit des Nichts ist das Sein. Was mich wieder in die bana- le Gegenwart zurückführt und mithin in den kaum zu übersehenden Genderwahn. Und zu dieser These: Die von vielen beju- belte Diversität in der Geschlechteridentität entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Sehnsucht nach Uniformität – als ein Me- chanismus der Gleichschaltung von Mann und Frau.

Wo die Grenzen verschwimmen zwischen den Geschlechtern, da erhebt sich aus dem komplexen Gefüge der Geschichte das Ide- al des narzisstischen Individuums – eines regenbogenfarbenen Lebenskünstlers, der auf einer Dauerbühne der Zukunft per- formt, ja immer weiter performen muss, weil er sonst seine Identität verliert. Das macht ihn aber gleichförmig und zum Phä- notyp einer Beliebigkeitskultur, die keine eigene Substanz mehr aus sich entwickeln kann, weil in ihr alles einem rasenden Nihi- lismus unterzogen wird.

Denn was ist der Nihi- lismus anderes als die Unwahrheit, die in Gestalt der Wahrheit auftritt.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den gro- ßen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag  
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64  
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

# GROSSLÜGE MIT KLEINLÜGEN

**Tägliche Demonstrationen und diese Zeitung: Seit 28. März 2020 bekämpft die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung (NichtOhneUns.de) den gezielten Bruch von Politikern, Medienkonzernchefs und »Tiefem Staat« der USA mit Grundgesetz, Menschenrecht und Nürnberger Kodex. Diese Zeitung klärte weltführend auf.**  
Der Jurist und Autor Milosz Matuschek fasst zusammen warum.

**E**s gibt noch nicht so viele Corona-Witze. Vielleicht ein Anfang: Was passiert, wenn man das »Team Zero Covid« und das »Team Wissenschaft« kreuzt? Das Team Zero Wissenschaft.

Leider kein Witz. Denn das ist die Erkenntnis aus den geleakten Ergebnisprotokollen des Krisenstabs des RKI in Deutschland nebst umfangreichem Zusatzmaterial. In Deutschland wurde gemacht, was bestimmte Politiker wollten, auch und gerne abseits jeglicher wissenschaftlicher Evidenz. Die Politik warf Maßnahmen in den Raum, die Experten des RKI hatten die Funktion der Schönfärber, Hinbieger, stummen Diener und Mitwisser. Oft standen politische Ansichten und wissenschaftliche Evidenzlage in krassem Gegensatz zueinander.

## UNGEHEMMTE VOLKSVERHETZUNG AUS DEM MAINSTREAM

Der Schwanz wackelte mit dem Hund. Behauptet wurde öffentlich jedoch die makellose Wissenschaftlichkeit und Alternativlosigkeit der Maßnahmen, die man zudem »nie hinterfragen dürfe« (so RKI-Chef Wierler). Jetzt weiß man auch, warum. Gab es je eine krassere Täuschung der Öffentlichkeit und einen schwereren Verrat an rechtsstaatlichen Grundsätzen? Wer soll Politikern und staatsnahen Wissenschaftlern in Zukunft noch irgendetwas glauben?

Seit dem Leak (der ungeschwärzten RKI-Protokolle) gerät einiges ins Rollen, auch der Mainstream kommt jetzt um kritische Fragen nicht mehr herum. Zu Recht: Der Datensatz ist ein Sprengsatz für die Pandemie-Erzählung und sogar mehr noch für das Selbstverständnis Deutschlands. Im Grunde fehlt der ganzen Corona-Rechtsprechung die Basis. Die Lüge von der Wissenschaftlichkeit der Coronamaßnahmenpolitik ist die Großlüge nach den vielen Kleinlügen, denn mit

ihr hängt nun für alle sichtbar letztlich alles in der Luft, was in den letzten Jahren als Dogma verbreitet wurde.

Zählen wir kurz auf: Der Ursprungslüge (natürlicher Ursprung statt Laborursprung), PCR-Lüge (nicht zur Diagnostik geeignet), der »Lockdown-rettet-Leben-Lüge«, der Masken/FFP-2 Lüge, der Abstandslüge (die 1,5 Meter waren eine Erfindung von Fauci), der Pandemie-der-Ungeimpften-Lüge, der Krankenhausüberlastungslüge und noch einigen mehr. Es war kein Team Wissenschaft am Werk in Deutschland, zumindest nicht in den maßgeblichen Entscheidungen. Es war, wie man leicht sehen konnte, das Team Ideologie und Fanatismus. Die politische Verhetzungsformel von der »Pandemie der Ungeimpften« beispielsweise schwappte von Joe Biden nach Europa über und bestimmte als Sündenbocktheorie fortan das Geschehen.

Anhand der RKI-Protokolle lässt sich die Befehlskette in der Pandemie nachweisen. Aus einem Menschenbild, das von Menschenwürde und der Entfaltung der Persönlichkeit ausgeht, wurde ein Modell des gesundheitspolitischen Leibeigenen gemacht. Doch damit nicht genug: Aus dem Impfstatus wurde in wenigen Wochen eine Apartheitsideologie gezimmert, die mit volksverhetzerischen Parolen in die Öffentlichkeit posaunt wurde. Ungeimpfte seien »Bekloppte« und »Spinner«, der »Blinddarm der Gesellschaft«, welche die Mehrheit in eine »Geiselhaft« nehme und eine »Tyrannei« errichtete, weshalb die ganze Republik mit dem Finger auf sie zeigen möge. So tönte es von Bundespräsidenten und Politikern, von Journalisten und Ärztefunktionären aus dem Musterland im Kampf gegen Hass und Hetze. Die ehemals Lauten sind heute sehr leise geworden.

Man muss weder Verfassungsrechtler, noch Historiker oder Epidemiologe sein, um zu sehen, dass Deutschlands Wertesystem



Bringt diese Frau das Regime zu Fall? Die Journalistin Aya Velázquez entblößte zuletzt final die Corona-Lüge, indem sie die Protokolle der Regierungsoberbehörde Robert-Koch-Institut (RKI) plus Zusatzmaterial für jedermann veröffentlichte (<https://rki-transparenzbericht.de>). Zugespielt hatte ihr das Material, das den Immobilienhändler und zwischenzeitlichen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), sowie den amtierenden Karl Lauerbach (SPD) in historisch schwerstem Ausmaß belastet, ein sogenannter Whistleblower (Trillerpfeifenbläser, Konzern- und Behördenmitarbeiter, die Täuschungsaktionen und kriminelle Vorgänge ihrer Vorgesetzten im Sinne der Allgemeinheit unterlaufen). Foto: Uncut News

vom Kopf auf die Füße gestellt wurde und – fast noch erschreckender – viele das für normal halten.

## WO BLEIBEN DIE GENERALAMNESTIEN?

Das beste Deutschland aller Zeiten erkennt die eigene Entkernung nicht mehr. Kein Wunder, dass die Aufarbeitung in Deutschland mehr als in anderen Ländern stockt. Da ist sie wieder, die Kollektivscham, die in die Schweigespirale führt. Klar ist jetzt: es braucht eine Untersuchungskommission im Bundestag, Strafen für die Täter, Wahrheitskommissionen und eine Entschädigung der Opfer staatlicher Willkür und Gewalt. Der erste Schritt muss eine Generalamnestie für alle sein, die sich diesem Wahnsinn aktiv oder passiv entzogen. Die Urteile der Gerichte, die mit der Micky-Maus-Wissenschaft politischer Scharfmacher unterfüttert sind, sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Welche Zukunft hat ein Land, das sich der schmerzhaften Realität nicht stellen will?

(Dies ist die sinnwahrende Kürzung eines Textes, den der Autor Dr. jur. Milosz Matuschek DW zusandte. Wir danken dem Autor und Teilnehmer der DW-Gala)

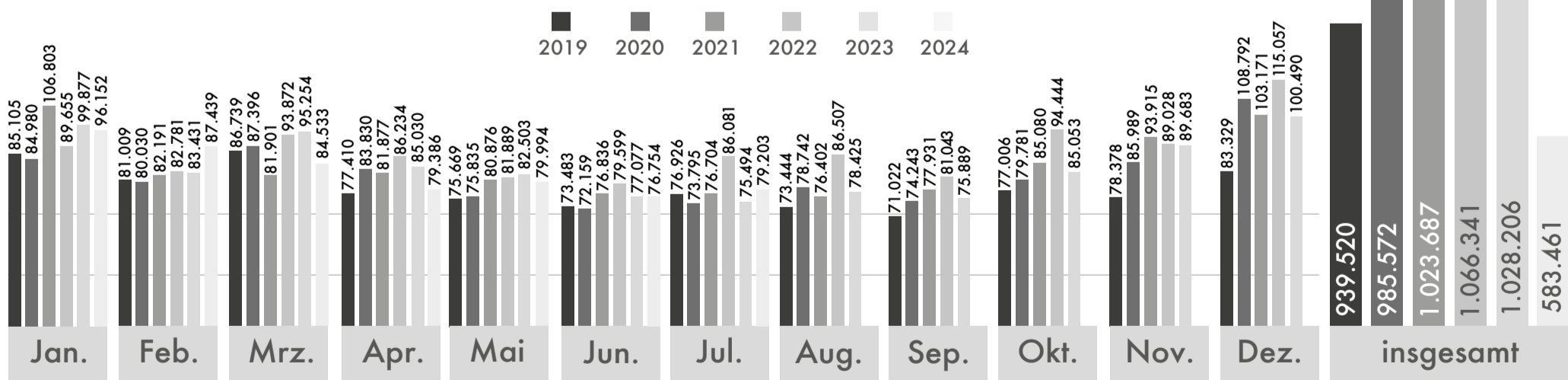
## MELDUNG

### WHO RUFT MAL WIEDER WELTWEITE NOTLAGE AUS

Genf/DW. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat in Afrika ihre höchste Alarmstufe aktiviert. Grund ist angeblich eine neue Variante der Mpox-Viren, die ursprünglich Affenpocken genannt wurden, weil sie zufällig erstmals bei Affen nachgewiesen worden waren. Laut WHO bestünde das Risiko, dass sich die Mpox-Viren nach 2022 nun erneut international ausbreiten und zu einem Gesundheitsrisiko werden könnten. »Die Ausrufung einer weltweiten Notlage wegen der Affenpocken durch die Weltgesundheitsorganisation ist nichts als ein Testballon. Es geht nur darum, herauszufinden ob es möglich ist, die Menschen noch einmal so hinters Licht zu führen wie in der Corona-Krise«, erklärte Wirtschaftsexperte Ernst Wolff dazu am 14 August 2024 in seinem Telegramkanal. (kmü)

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Sterbefallzahlen Deutschland



## WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

# »Faschistin Fäser fürs Erste gestoppt!«

DW spricht mit dem Journalisten und Buchautor Jürgen Elsässer, dessen auflagenstarkes Nachrichtenmagazin Compact im Juli von der Regierung in der Manier einer Bananendiktatur gestürmt und liquidiert worden war.

Am 16. Juli war auf Geheiß der Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD) das Nachrichtenmagazin Compact mit windigen Vorwänden gestürmt und verboten worden, mehr noch, einem umfassenden Auslöschungsversuch ausgesetzt worden. Am 14. August erging nun eine Eilentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (BVG) in Leipzig, mit der der Vorgang weitgehend rückgängig gemacht wird. Unsere Journalistinnenkollegen können weiterarbeiten. Wir sprechen am Abend der BVG-Eilentscheidung mit Compact-Gründer und Chefredakteur Jürgen Elsässer.

DW: Herr Elsässer, wie geht es Ihnen und Ihrer Gattin?

Jürgen Elsässer: Wir sind euphorisch und haben soeben eine Flasche Sekt geöffnet. Es ist einer der schönsten Tage seit unserer Hochzeit und wir feiern den Sieg über Frau Fäser, der auch ein Sieg des Volkes über das Regime ist, und ein Sieg der unabhängigen Judikative über die übergriffige Exekutive. Die Faschistin Fäser ist fürs Erste gestoppt worden.

DW: Wie geht es Redaktion und Kollegium?

Elsässer: Wir haben uns heute telefonisch zusammengeschaltet und auch gefeiert. Wir werden in Kürze zu einer Art Vollversammlung zusammenkommen um den Wiederaufbau des zwischenzeitlich zerstörten Presseunternehmens zu besprechen. Am schnellsten wird vermutlich unser Fernsehkanal mit zuletzt über einer

Million täglichen Aufrufen wieder in die Gänge kommen. Der Youtube-Kanal ist allerdings in Deutschland noch gesperrt – im Ausland nicht. In der Sache werden unsere Anwälte nochmal nachbohren.

»BEIDE WERKE SIND FÜR DIE EWIGKEIT!«

DW: Nach der für Ihr Nachrichtenmagazin Compact positiven Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts am Mittwoch: Sind Sie damit einverstanden, dass auch die gedruckte NÄNCY dieser Tage hinausgeht?

Elsässer: Ich bin ersteinmal sehr glücklich gewesen, dass die Verleger der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand den Mut hatten, in diesen düsteren Tagen die verbotene August-Ausgabe in ihre Sonderedition NÄNCY zu übernehmen, und dadurch dem Volk die Möglichkeit zu geben, selber nachzulesen, was an Compact so schlimm sein soll. Eine journalistische Heldentat der Verleger Sodenkamp & Lenz, und ein historisches Belegstück, das kein Demokratat verpassen sollte! (DemokratischerWiderstand.de/NANCY-GE-DRUCKT; Anm. red.)

DW: Wissen Sie schon, ob Sie selber noch die vollständige August-Ausgabe als Compact in den Handel bringen werden?

Elsässer: Ja, die Druckerei hat dankenswerterweise die bereits gedruckte und dann verbotene August-Ausgabe nicht vernichtet, sondern aufbewahrt und gesichert. Wir werden sie hoffentlich kommende



Titel des COMPACT-Magazins vom März 2024 und das Magazin NÄNCY vom August. Fotos: DW

Woche in den Handel bringen können. Wobei die Handelsbeziehungen zu den Grossisten durch das zwischenzeitliche Verbot zusammengebrochen sind. Aber die können wir wieder aufbauen und das Magazin zudem in unserem Shop anbieten (compact-shop.de; Anm. red.). Beide Hefte zusammen, NÄNCY und die Compact-August-Ausgabe, sind Werke für die Ewigkeit. Einer der wenigen Siege der Demokratie über die Diktatur in Deutschland. Beide müssen ins Museum!

DW: Wann bekommen Sie Ihre Redaktionsunterlagen und Ihre Arbeitsmittel von Frau Fäser zurück?

Elsässer: Das steht im Augenblick noch in



den Sternen. Mit der Eilentscheidung des Gerichts wurde den Behörden leider erlaubt, die uns entwendeten Computer, elektronisches Gerät und Papierunterlagen noch einige Zeit zu behalten – zwei Wochen glaube ich –, um alles zu kopieren. Das ist auch eine Sache, die so nicht stehenbleiben kann! Unsere Anwälte prüfen, ob hier eine Behörde, eine Ministerin, die das Recht derartig gebrochen hat, auch noch die Möglichkeit gegeben werden kann, die Daten zu behalten und möglicherweise zu manipulieren, obwohl das Verbot jetzt aufgehoben wurde.

DW: Herr Elsässer, wir bleiben am Ball und danken Ihnen für das Gespräch. Die Fragen stellte Anselm Lenz.



## DAS COMPACT-VERBOT IST JURISTISCH HALTLOS (TEIL 3)

KOLUMNE RECHTSSTAAT  
von Prof. Dr. jur. Martin Schwab

Im dritten Teil meiner Analyse der Compact-Verbotsverfügung beleuchte ich den Vorwurf fremdenfeindlicher Inhalte und den Einfluss des Strafrechts.

Viel Raum nimmt in der Verbotsverfügung der Versuch ein, nachzuweisen, dass die Compact-Akteure Menschen mit Zuwanderungsgeschichte als Menschen zweiter Klasse herabwürdigten. Insoweit weist die Verbotsverfügung einige in der Tat maximal abstoßend fremdenfeindlich formulierte Passagen in diversen Compact-Veröffentlichungen nach – die freilich aus ihrem Kontext gerissen werden und abschließend erst in ihrem Gesamtzusammenhang gewürdigt werden können.

Die Folgerung, dass Migranten pauschal zum Feindbild erklärt werden, wird jedoch von den Feststellungen in der Verbotsverfügung nicht getragen:

34. Abgeordneter  
Martin Sichert  
(AfD)

Plant die Bundesregierung, das Verbot des „COMPACT“-Magazins wieder aufzuheben, vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung versprochen hat, sich überall für Pressefreiheit einzusetzen und damit die Demokratie zu verteidigen ([https://x.com/Bundeskanzler/status/1786279001033523713?utm\\_source=twitter&utm\\_medium=share&utm\\_campaign=s=35](https://x.com/Bundeskanzler/status/1786279001033523713?utm_source=twitter&utm_medium=share&utm_campaign=s=35)), und wenn ja, wann?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 29. Juli 2024

Im Gegensatz zum Wortlaut der Fragestellung hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat nicht das Pressezeugnis „Compact-Magazin“ verboten, sondern vielmehr die Vereinigung „COMPACT-Magazin GmbH“ und ihre Teilorganisation „CONSPIC FILM GmbH“. Diese Vereinigungen wurden verboten, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten und bei der Verwirklichung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele eine aggressiv-kämpferische Haltung einnahmen. Diese aggressiv-kämpferische verfassungsfeindliche Grundhaltung prägte zudem den Charakter der Vereinigungen. Die Voraussetzungen für ein Verbot nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Variante 2 in Verbindung mit § 17 Nummer 1 Alternativel des Vereinsgesetzes (VereinsG) lagen daher vor. Für eine Aufhebung des Verbots im Sinne der Fragestellung sieht die Bundesregierung daher keinen Anlass.

Das Compact-Magazin ist laut der Bundesregierung gar nicht verboten, sondern nur die GmbH. Abfotografie einer Passage aus der Drucksache 20/12418 des Bundestages mit der entsprechenden kleinen Anfrage des Abgeordneten Martin Sichert (AfD) und der Antwort der parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD) vom 29. Juli. Das Verlagshaus Sodenkamp & Lenz, das auch die vorliegende Zeitung verlegt, hatte zuletzt das neue Magazin NÄNCY veröffentlicht, das auch geplante Texte der Autoren der durch Regierungszensur und Verlags-Auslöschung verhinderten August-Ausgabe des Nachrichtenmagazins Compact enthält (DemokratischerWiderstand.de/NANCY). Foto: DW

Auf Seite 15 identifiziert die Verfügung einen Passus, in dem es heißt, das Ziel, die ethno-kulturelle Substanz des Volkes zu bewahren, bedeute nicht, dass wir allen anderen gegenüber spinnefeind sein müssten.

Auf Seite 21 der Verbotsverfügung wird ein Passus nachgewiesen, in dem die deutsche Fußball-Nationalmannschaft für den

Gewinn des WM-Titels 2014 gepriesen wird – jene Mannschaft, zu deren Leistungsträgern Mesut Özil und Jerome Boateng gehörten.

Auf Seite 22 kreidet die Verbotsverfügung dem Compact-Magazin an, Migranten für eine hohe Zahl an Morden und Gruppenvergewaltigungen verantwortlich zu machen – ohne dass die Bundesinnenministerin auch nur den Versuch unternehmen würde, diese Annahme anhand einschlägiger Kriminalstatistiken zu widerlegen.

Die Forderung nach massenhaften Abschiebungen (Seite 24 der Verbotsverfügung) ähnelt zumindest verbal der Forderung von Bundeskanzler Olaf Scholz, wir müssten endlich im großen Stil abschieben (Nachrichtenmagazin Der Spiegel vom 20. Oktober 2023) – wobei dann allerdings genauer ermittelt werden müsste, wer jeweils abgeschoben werden soll.

Im Compact-Magazin werde, so die Verbotsverfügung, das Szenario eines politisch geplanten Bevölkerungsaustauschs perhorresziert. Diese Vorstellung, so heißt es, knüpfe an die Propaganda der Nazis an. Auch darin zeige sich die entwürdigende Herabsetzung von Mitbürgern mit Zuwanderungsgeschichte.

Um diese Beanstandung seitens der Bundesinnenministerin zu würdigen, bietet es sich an, einen Blick auf die Fakten zu werfen: Gibt es womöglich zureichende

tatsächliche Anhaltspunkte, die belegen könnten, dass ein solcher Bevölkerungsaustausch tatsächlich im Gange ist und von der Politik befördert wird?

Wie ist der Umstand zu bewerten, dass sich in Deutschland laut Bundestags-Plenarprotokoll 20/124 insgesamt 261.925 ausreisepflichtige Ausländer aufhielten, 210.528 davon aber eine Duldung hatten? Wie ist der Umstand einzuordnen, dass die Hürden für die Einbürgerung abgesenkt wurden (siehe zur Gesetzesinitiative die Tagesschau vom 7. Januar 2023, zum Gesetzesbeschluss die Tagesschau vom 19. Januar 2024)?

Was haben wir von der Information zu halten, dass – so der ZDF-Journalist Peter Hahne in einem Vortrag in Hannover am 3. April 2024, den ich selbst gehört habe – allein in Berlin 9.000 afghanische Terroristen leben? Hängt das möglicherweise mit der Praxis des Auswärtigen Amtes zusammen, Menschen aus Afghanistan mit einem Visum auszustatten und dabei etwaige Sicherheitsbedenken der deutschen Botschaft in Islamabad auszublenden (siehe dazu Apollo News vom 19. Juli 2024)?

Fazit: Wenn sich die derzeitigen Entwicklungen in der Migrationspolitik plausibel mit gemeinwohlverträglichen Steuerungszielen erklären lassen, mag man

Fortsetzung von Seite 4

das Horror-Szenario vom geplanten Bevölkerungsaustausch kritisieren. Wenn aber zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für einen ebensolchen Plan bestehen, ist es Aufgabe des Journalismus, derartige Fehlentwicklungen aufzugreifen.

LOGISCHER SCHLUSS: KEINE  
STRAFTATEN WIDER MENSCHENWÜRD

Unabhängig davon, ob man die *Compact*-Inhalte als »antisemitisch und fremdenfeindlich« bewertet, fällt freilich auf, dass bisher keine einzige strafrechtliche

Verurteilung der *Compact*-Verantwortlichen und der Autoren des Magazins identifiziert werden konnte. Offenbar wurde die Menschenwürde von Migranten nicht angegriffen – andernfalls müsste eine Bestrafung nach Paragraph 130 Absatz 1 Nummer 2 des Strafgesetzbuches folgen. Offenbar wurden NS-Verbrechen (zwar vielleicht relativiert, aber) nicht verharmlost – andernfalls müsste eine Bestrafung nach § 130 Abs. 3 StGB folgen. Beides ist nicht geschehen. Dann aber können die *Compact*-Akteure gegen die Menschenwürde keine aggressiv-kämpferische Haltung an den Tag gelegt haben. Die in der Verbotsverfügung inkriminierten Beiträge

waren *rechtlich erlaubt* – gleichviel ob man sie nun nach Inhalt und Wortwahl billigt oder nicht. Dann aber greift eine Einsicht durch, die das Bundesverfassungsgericht (BVerfG vom 13. Juli 2018 – 1 BvR 1474/12, 1 BvR 670/13, 1 BvR 57/14, BVerfGE 149, 160 Rn. 113) prägnant formuliert hat: »Ein Vereinigungsverbot darf nicht bewirken, dass auf diesem Wege untersagt wird, was die Freiheitsrechte sonst erlauben.«

*Diese Artikelserie zum Auslöschungsversuch des auflagenstarken Nachrichtenmagazins Compact durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wird in mindestens zwei weiteren Folgen in DW fortgesetzt.*

# Sorgt Faeser für Rekordabsatz von Bademänteln?

**Genial: Abwrackprämie für Messer – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick** | Von Klaus Müller

**L**iebe Leser, besitzen Sie vielleicht ein oder mehrere *Butterfly*-Messer? Könnte eine gute Geldanlage sein. Jochen Kopelke, Chef der Polizeigewerkschaft (GdP), forderte nämlich vor wenigen Tagen eine kuriose Abwrackprämie.

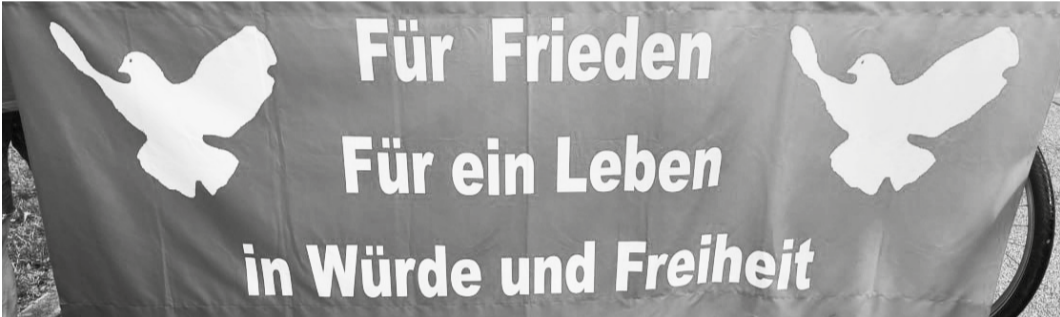
Seine geniale Idee: Wer sein *Butterfly*-Messer bei den Behörden abgibt, soll dafür ein kostenloses einjähriges Abo für den Streamingdienst Netflix erhalten. Damit solle die Zahl der Messer-Angriffe, die 2023 dramatisch auf bundesweit fast 9.000 Fälle angestiegen war, eingedämmt werden. Tja, Messerverbotzonen allein – wer hätte das gedacht? – reichen offenbar nicht aus. Deshalb ist es gut, dass es in diesem Land so kreative Köpfe wie Kopelke gibt. Da bin ich ausnahmsweise mal ganz auf der Seite der Bündnisgrünen, die diese Abwrackprämie begrüßen.

MASSENMÖRDERSERIEN FÜR  
MESSERSTECHER GRATIS

Kopelkes Vorschlag ist allerdings etwas kurz gedacht: Ein Abo pro Messer – okay. Aber was ist, wenn man mehrere Messer besitzt? Und was passiert, wenn das Netflix-Abo nach zwölf Monaten ausläuft? Damit die Messerstecher auch nach dem Genuss von »Monster: Die Geschichte von Jeffrey Dahmer«, »Dexter«, »Ted Bundy« und anderen Massenmörderserien nicht auf dumme Gedanken kommen, müssen sie ja weiterhin anderweitig beschäftigt werden. Ich vermute, da wird man sich nicht lumpen lassen und langfristig deutlich mehr Geld in die Hand nehmen als ein paar läppische Euro für ein lausiges Netflix-Abo.

Super finde ich auch, dass Innenministerin Nancy Faeser (SPD) Messer ab einer Klingenlänge von sechs Zentimetern verbieten will. Für einen Stich in den Hals wäre das immer noch ausreichend, um einen maximalen Schaden zu verursachen –könnten Rechtsextreme an dieser Stelle nun einwerfen. Ich finde allerdings, aufgrund der irren Politik in den vergangenen Jahren haben die meisten Bürger inzwischen einen so dicken Hals, dass diese Gefahr eher zu vernachlässigen ist.

Bei den Gründen für die gestiegene Messerkriminalität kommen im ÖRR mal wieder äußerst zweifelhafte Experten zu Wort. Eine Ursache könne sein, »dass soziale



Oberursel im hessischen Taunus am 14. August 2024. Foto: Wolfgang/Demobilder/NichtOhneUns.de

Ungleichheit wieder zunimmt: Das Leben ist teurer geworden«, erklärte Kriminologe Dirk Baier von der Züricher Hochschule für – Achtung – Angewandte Wissenschaften gegenüber *ZDF-heute*. Baier forscht zu Messerattacken – und tappt (noch immer) im Dunkeln. Kann dem Herrn bitte mal jemand eine Taschenlampe reichen. Vielleicht geht ihm dann ja ein Licht auf.

NANCY KURBELT DIE  
WIRTSCHAFT AN

Übrigens: Auch ein neuer Bademantel könnte eine sinnvolle Investition sein – nicht als Geldanlage, aber falls man mal unerwarteten Besuch von Nancy Faesers Strumtruppen samt Pressefotografen bekommt, möchte man ja eine ähnlich gute Figur abgeben wie *Compact*-Chef Jürgen Elsässer am 16. Juli. Wirtschaftsexperten munkeln bereits, dass Faeser der angeschlagenen Textil- und Bekleidungsindustrie neuen Auftrieb verleihen könnte – durch einen Rekordabsatz von Bademänteln.

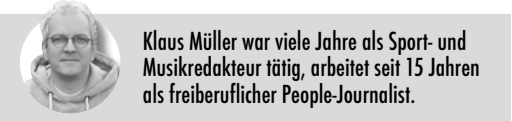
Eine Rekordauflage – das ist wohl garantiert – dürfte in Kürze *Compact* bevorstehen. Nancy sei Dank: Ihre Werbung für das zwischenzeitlich verbotene Magazin – unbezahlbar! Wie die Innenministerin die Wirtschaft ankurbelt, ist beeindruckend. Was ich besonders beachtlich finde: Nancy agiert völlig uneitel. Sie nahm die Niederlage vor dem Bundesverwaltungsgericht, das am 14. August das *Compact*-Verbot im Eilverfahren aussetzte (Seite 4), bewusst in Kauf und steht nun total blamiert da. Was tut man nicht alles fürs Land und die kränkelnde Wirtschaft.

HABECKS  
PILGERREISE

Derjenige, der eigentlich für diesen Job zuständig wäre, könnte sich mal ein Beispiel

an ihr nehmen. Aber was macht Robert Habeck? Er besuchte in dieser Woche eine eingebaute Wärmepumpe in einem Vorort von Hannover. Diese befand sich im Haus einer 75-jährigen Pensionärin, die sich im Mai nach eigener Aussage für 70.000 Euro eine Wärmepumpe, Pufferspeicher und PV-Anlage hatte einbauen lassen und ganz stolz darauf ist. Habeck wollte mit dieser Nummer Werbung für die Wärmepumpe machen. Seine treuen Fans von der Hauptstadtresse hatte er extra mitgebracht. Doch der Schuss geht wohl nach hinten los: »Jetzt werden noch weniger Leute eine Wärmepumpe einbauen, weil sie Angst haben, dass Habeck sie besucht«, bemerkte »Sprengerin der Ketten« auf X zutreffend. Ich frage mich ja: Warum muss der grüne Insolvenzminister dafür überhaupt nach Niedersachsen reisen? Hätte er *ARD*, *ZDF*, *Deutschlandfunk* & Co nicht zu sich nach Hause einladen können? Oder heizt er selbst etwa noch mit Öl oder Gas?

Zum Abschluss noch einmal zurück zu Nancy: Schon vor ihrer Pleite vor Gericht hatte sich die sympathische Demokratin bereits einen weiteren Coup ausgedacht. Sie plant ein neues BKA-Gesetz, das es Polizeibeamten erlauben soll, heimliche Hausdurchsuchungen durchzuführen. Natürlich diene das »verdeckte Betreten von Wohnungen« nur und ausschließlich der Terrorismusbekämpfung und nicht etwa der Ausschaltung von Oppositionellen. Ist doch klar! Hat nicht einst auch die Stasi in der DDR verdeckte Hausdurchsuchungen durchgeführt? Na, zum Glück leben wir in der BRD. Ansonsten müssten man ja befürchten, dass bei der Gelegenheit auch noch die Wohnung verwanzt wird oder einem »gefakte Beweise« untergejubelt werden. Puh!



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

## MELDUNG

BRANDMAUER  
BRÖCKELT

Berlin/DW. Das wird spannend: Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage könnten sich 45 Prozent der CDU-Parteimitglieder im Hinblick auf die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen eine Zusammenarbeit mit der AfD vorstellen, im Osten sind es sogar 68 Prozent. Dies berichtete die *Welt* am 13. August 2024. (kmü)

GELDSTRAFE FÜR  
NICHTIGKEIT

Biberach/DW. Weil er im März 2023 auf seinem Facebook-Profil deutsche Politiker als »respektlos«, »unfähig«, »ehrlos« und als »Lügner« bezeichnete, wurde ein 69-jähriger Mann aus Baden-Württemberg vom Amtsgericht Biberach nun zu einer Geldstrafe in Höhe von 900 Euro verurteilt. Dies berichteten mehrere Medien am 13. August 2024. Der Richter hatte die Beschreibungen als Überschreitung der freien Meinungsäußerung und als strafbare Beleidigung bewertet. Das Bundeskriminalamt wurde per Zentraler Meldestelle auf den Angeklagten aufmerksam. (kmü)



## SIEG FÜR DIE PRESSEFREIHEIT: NÄNCY JETZT AUCH IM PRINT

Der Nachrichtenblog Tagesschau.de um den Parteipolitiker Kai Gniffke vermeldet am Mittwoch: »Das Bundesverwaltungsgericht hat das Verbot des rechtsextremen (hüstel; Anm red.) *Compact*-Magazins im Eilverfahren teils vorläufig außer Vollzug gesetzt. Es meldete vor allem Zweifel an der Verhältnismäßigkeit an. Eine endgültige Entscheidung wird im Hauptsacheverfahren fallen. Das im Juli von Bundesinnenministerin Nancy Faeser verfügte sofortige Verbot der rechtsextremen (hüstel, Anm. red.) Zeitschrift *Compact* wurde teils vorläufig außer Vollzug gesetzt. Das Bundesverwaltungsgericht gab dem Antrag der Herausgeber des Magazins, die aufschiebende Wirkung ihrer Klage gegen die Verbotsverfügung wiederherzustellen, in bestimmten Maße statt, wie das Gericht in Leipzig mitteilte. Damit kann das Blatt (das Nachrichtenmagazin; Anm. red.) unter bestimmten Auflagen vorerst wieder erscheinen. Eine endgültige Entscheidung über ein Verbot wird im Hauptsacheverfahren fallen.« Auf dem Bild v.l.n.r.: Jürgen Elsässer, Stefanie Elsässer, Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz am Abend des 3. August 2024 in Berlin am Bundesinnenministerium. Nach dem Überfall, Verbot und Auslöschungsversuch der Innenministerin Nancy Fäser (SPD) auf die Journalisten um die Elsässers und deren Nachrichtenmagazin übernahm das Berliner Verlagshaus *Sodenkamp & Lenz* Teile der *Compact*-Augustausgabe und publizierte diese unter dem Titel *NÄNCY* – Magazin für die deutsche Ex-Frau und den deutschen Ex-Mann. Das *NÄNCY*-Magazin ist nun auch als gedruckte Ausgabe erhältlich (limitierte Stückzahl; *DemokratischerWiderstand.de/NANCY*). (red)

# Leuchtturm

## ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee  
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt  
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2  
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke  
DÖRNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg  
• Rundfunkplatz 1  
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast  
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8  
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio  
• Rothenbaumchaussee 132  
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau  
• Hugh-Greene-Weg 1  
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 NDR Funkhaus  
• Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22  
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz  
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46  
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3  
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz  
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1  
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz  
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai  
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen  
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5  
PLAUNEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal  
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio  
• Marlene-Dietrich-Allee 20  
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland  
• St.-Johanner-Markt  
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau  
• Schiffsanlegestelle  
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz  
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio  
• Schlossgartenallee 61  
SIEGE: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz  
FREIBERG: Donnerstag 11.00 • MDR Regional • Gemeinwohl Seminar  
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse  
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz  
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

# IMMER MONTAGS!

ALLMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – AU IN DER HALLERTAU, 18 Uhr Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CASTROP RAUXEL, 18:30 Uhr, am Reiterbrunnen – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DINGOLFING, 18 Uhr, bei Expert auf dem Parklatz – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – ELM-SHORN, 18:30 Uhr, am Rathaus – FREUDENSTADT, 18 Uhr, Stadtkirche – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAILDORF, 18:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Was-serturm – HAIGERLOCH, 18 Uhr, am Rathaus – HARSE-WINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – ILLERTISSEN, 18 Uhr, am Rathaus – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KAHL AM MAIN, 18 Uhr, am Rathaus – KARLSFELD, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rath-haus – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUCH-HAMMER, 18 Uhr, am Dietrich-Heßmer-Platz – MARI-ENBERG, 19 Uhr, am Markt – METZINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MEUSELWITZ, 18 Uhr, am Markt – NECKAR-TAILFINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – OBERAMMERG-AU, 19 Uhr, am Rathaus – PINNEBERG, 18:30 Uhr, am Rathaus – RITTERHUDE, 18 Uhr, am Rathaus – SAUL-GRUB, 18 Uhr, Rathaus – Zeven, 18 Uhr, Rathaus.

## KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!

ÜBER 700 MOTIVE!  
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER  
WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

# WWW.HARLEKIN.SHOP

# DEMOTERMINES DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: [veranstaltung@demokratischerwiderstand.de](mailto:veranstaltung@demokratischerwiderstand.de)

Sa, 17.8.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 17.8.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 17.8.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 17.8.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 17.8.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 17.8.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausurmplatz	Spaziergang
Sa, 18.8.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 19.8.2024 19:20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7,20	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 19.8.2024 19:21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:30:21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 12:14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 19.8.2024 18:30:21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 19.8.2024 16:18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 19.8.2024 19:20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 19.8.2024 17:20 Uhr	Darmstadt, Ludwigplatz	Mahnwache
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 19.8.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:45:21 Uhr	Feucht, Altdorfer Str., am Schneckenbrunnen	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:30:21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:30:21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 19.8.2024 19:21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 19.8.2024 19:21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:30:20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:30:20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Karschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Mannheim, am Paradeplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:19 Uhr	Melsungen, Am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:30:21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:30:21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:30:20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 19.8.2024 19:21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Rottenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:45:20:15 Uhr	Sölingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 12.8.2024 18:19:30 Uhr	Sölingen, Am Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Stralsund, Olaf-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 19.8.2024 18:19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:30:21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:30:20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 19.8.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 18:21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 19.8.2024 18:20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 19.8.2024 18:30:21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 19.8.2024 19:21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 20.8.2024 18:21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 20.8.2024 18:20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 20.8.2024 18:20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 20.8.2024 19:21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinstraße 6-8	Spaziergang
Di, 20.8.2024 19:21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 21.8.2024 19:21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 21.8.2024 18:20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 21.8.2024 17:19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 21.8.2024 19:21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 21.8.2024 18:21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 21.8.2024 19:21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 21.8.2024 18:19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 21.8.2024 19:20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 21.8.2024 18:20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 21.8.2024 19:20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 21.8.2024 18:21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 22.8.2024 18:21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 22.8.2024 18:20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 22.8.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 22.8.2024 18:21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 22.8.2024 15:18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 22.8.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 22.8.2024 19:21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 22.8.2024 18:30:21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 22.8.2024 19:21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 23.8.2024 18:19:30 Uhr	Bielefeld, Jahnplatz	Spaziergang
Fr, 23.8.2024 18:20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 24.8.2024 17:20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 24.8.2024 15:19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 24.8.2024 15:18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 24.8.2024 13:18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 24.8.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 24.8.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Mi, 4.9.2024 15:16:30 Uhr	Bielefeld, Rathausplatz	Spaziergana

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse [veranstaltung@demokratischerwiderstand.de](mailto:veranstaltung@demokratischerwiderstand.de) senden.

Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> • NEWSLETTER ABONNIEREN

# QUERDENKER GERICHTSHOF

## DAS CORONA-TRIBUNAL WURDE ERÖFFNET

### KOLUMNE FÜR KARL HILZ, dem verstorbenen Gründer der Polizisten für Aufklärung e.V.

»Peter wurde 3 1/2 Jahre lang politisch verfolgt. Nun ist ein Berufungsverfahren gegen ihn, wegen angeblich vorsätzlicher Körperverletzung von Vollstreckungsbeamten, mit kleiner Auflage von 400 Euro zur Einstellung gekommen.«

So berichtet es der Preisträger der Republik, Roman Mironow am 13. August vom Amtsgericht Köln. Vor Gericht stand der große Demokrat Peter, bekannt unter anderem durch sein Batman-Barrett. Weiter Mironow: »Wir hatten gemeinsam das Geld für die Auflage gesammelt und werden es nun direkt bei Gericht begleichen.« Denn: »So soll die neue, gerechtere Welt aussehen – in der wir zusammenhalten! Denn gemeinsam sind wir stark!«

In dieser und der kommenden Woche stehen weitere große Demokratinnen wie Songül Schlürscheid vor der pervers gleichgeschalteten BRD-Justiz zu Gericht. »Wir müssen für das Lügenpack in der Justiz auch noch alle bezahlen, arbeiten, diese Leute tragen«, ruft Johnny Rottweil vor Prozessbeginn gegen Schlürscheid in Köln. DW wird weiterhin berichten.

### ENTSCHEIDUNG ZU COMPACT

Nach Beschluss zu Compact-Markt

„Böse Klatsche“ für Faeser

Das rechtsradikale Magazin Compact darf weiter erscheinen – zumindest vorerst. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts setzt Innenministerin Faeser unter Druck. Der Vorwurf von Unken und FCK, ihr Mann habe das Verbot nicht gestrichen begründet. | Eulder

Nun winden sich die Apparatschiks ein weiteres Mal in ihrem Niedergang. Anfang Juni hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) eine Verbotsverfügung erlassen; am 16. Juli stürmten schwer bewaffnete Einheiten Redaktion und mehrere Privaträume der Compact-Journalisten in Berlin, Hessen und weitere Wohnungen und Büros. Es war der drastischste Angriff deutscher Polit- und Kapitalstrukturen auf die Pressefreiheit seit 1945. Seit der echten Kollegensolidarität mit der Veröffentlichung des Magazins NÄNCY mit den August-Texten von Compact durch Sodenkamp & Lenz sowie der darauffolgenden Elnscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 14. August, hat sich das Blatt gewendet. (bat) Foto: DW-Bildschirmfoto tagesschau.de vom 14. August 2024

Damit nicht genug. Die politischen Gefangenen unserer Bewegung müssen so schnell wie möglich freigelassen werden. Wir vergessen nichts und lassen niemanden zurück. Im Folgenden einige Postanschriften:

- Justizvollzugsanstalt Landshut, Maximilian Eder, Berggrub5 84036 Landshut, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaftn einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Sehnde, Michael Fritsch, Schnedebuch, 31319 Sehnde, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaftn einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Koblenz, Dr. Dorothea Thul, Simmerenertr. 14a, 65075 Koblenz, fingierter Vorwurf desegimes: Volksverhetzung
- Justizvollzugsanstalt Stammheim, Rüdiger von Pescatore, sperger Str. 60, 70439 Stgt.-Stammheim, fingierterorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischenereinigung
- Justizvollzugsanstalt Stammheim, Andreas Meyer, Aspergertr. 60, 70439 Stgt.-Stammheim, fingierter Vorwurf desegimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justivollzugsanstalt Schw.-Gmünd, Johanna Findeisesn-uskoswik, Herlikoferstr. 19, 73527 Schwäbisch Gmünd, ingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischenereinigung
- Justizvollzugsanstalt Mannheim, Dr. Jürgen Peters, Herzogenriethstr.11, 68169 Mannheim, fingierte Vorwürfe desegimes: Ausstellen von Maskenattesten, Verschreibung vonannabis an Patienten. (ale/ro)

Noch im April 2024 hatte der Immobilienhändler und zwischenzeitliche Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) unsere Kollegen von NTV angelehnt: »Corona-Aufarbeitung darf kein Querdenkengerichtshof werden!« Der ist nun am 2. August in Berlin für eröffnet erklärt worden. Im Zusammenhang mit einer Veranstaltung um das zurückliegende Wochenende konfrontierte der Bürgerjournalist »Weichreite« den Minister a.D. mit den RKI-Akten »Files«. Spahn trat zum Zaun und erwiderte: »Alles, was in den RKI-Protokollen steht, ist doch bereits seit drei, vier Jahren bekannt. Damit geht nicht nur aus dem Spahn-Lenz-Prozess hervor: Der Jens liest diese Wochenzeitung. Foto: DW/Weichreite



Demokraten am 3. August 2024 in Berlin fordern die Freilassung des Anwaltes Reiner Fuellmich, der seit März 2023 ohne eine Verurteilung im Gefängnis sitzt. Foto: Georgi Belickin/DW

## FRIEDENSFEIER

Hölderlin

Der himmlischen, still wiederklingenden,  
Der ruhigwandelnden Töne voll,  
Und gelüftet ist der altgebaute,  
Seeliggewohnte Saal; um grüne Teppiche duftet  
Die Freudenwolk und weithinglänzend stehn,  
Gereifester Früchte voll und goldbekränzter Kelche,  
Wohlangeordnet, eine prächtige Reihe,  
Zur Seite da und dort aufsteigend über dem  
Geebneten Boden die Tische.  
Denn ferne kommend haben  
Hieher, zur Abendstunde,  
Sich liebende Gäste beschieden.

(Erste Strophe des Gedichts »Friedensfeier« von Friedrich Hölderlin (\* 20. März 1770 in Lauffen am Neckar, Herzogtum Württemberg; † 7. Juni 1843 in Tübingen, Königreich Württemberg)



Bautzen am 12. August 2024. Foto: Telegram/DW



In Erlangen erschallt am 13. August 2024 die Forderung nach Aufarbeitung des Coronaregimes. Foto: Telegram/DW



## SIEG VOR GERICHT:

Songül Schlürscheid (Mitte) mit Ihrem Anwalt Ivan Künnemann (r.) und den unabhängigen Prozessbeobachtern Konzertpianist Arne Schmidt (li.) und Ex-Soldat Peter Zadek (Hintergrund) am 13. August 2024 vor dem berüchtigten Kölner Amtsgericht. Die Demokratie- und Friedensaktivistin war bei einer Versammlung von Polizisten mehrfach einer sogenannten Maßnahme unterzogen worden, weil sie als Führungspersonlichkeit der Demokratie- und Friedensbewegung aus dem Verkehr gezogen werden sollte. Ihr wurde ein mehrfacher und schwerer Verstoß gegen die Maskenpflicht zur Last gelegt und sie wurde zur Zahlung rund 500 Euro verdonnert. Dagegen hatte Schlürscheid geklagt. Und bekam nun recht. »Es lohnt sich immer zu kämpfen«, so Schlürscheid nach dem Urteil in Köln. Foto: Videostill



Friedrich Hölderlin Foto: Commons



Jede Woche wieder. Demokraten am 13. August 2024 im oberpfälzischen Amberg. Foto: NDPix/Telegram



Montagsspaziergang von Tausenden in Altenburg am 12. August 2024. Foto: Heiko Sell

## MELDUNG

### FRIEDENSDEMO 3. OKTOBER UND RECHTSFONDS

Berlin/DW. Die Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder« ruft zu einer Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin auf, für die es bundesweit mobilisieren will. Motto: »Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität«. Die Initiative lädt zum 3. Oktober 2024, dem Tag der deutschen Einheit, nach Berlin. Es solle Auftaktkundgebungen und einen Sternmarsch zur Abschlusskundgebung geben. »Es gilt nun, den Widerstand und Protest zu verstärken, um gemeinsam den Frieden zu gewinnen!«, heißt es bei den Blitzmerkern aus der alten, westdeutschen Friedensbewegung wie immer ungelenkig. Des weiteren gaben mehrere Bürgerrechtsvereinigungen am Dienstag die Gründung einer neuen Rechtsschutzstruktur gegen autoritäres Handeln bekannt: Die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), der »Verfassungsblog« und »Frag den Staat« (FdS) wollen die Gegenwehr gegen bestialisches Regierungshandeln und die partielle Gleichschaltung der Justiz stärken, wie sie seit März 2020 stattfindet. Gemeinsam haben auch sie einen Fonds gestartet, der in diesen Fällen die Kosten der Betroffenen für Gerichtsverfahren tragen soll. (ale)

### DEMOKRATISCHES QUERFRONTFEST

Berlin/DW. Im Zuge der Bündelung »linker« bis »rechter« Oppositionsströmungen zur Durchsetzung des Fünf-Punkte-Planes der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 (NichtOhneUns.de), soll noch vor den Wahlen in den Bundesländern Sachsen und Thüringen (jeweils am 1. September) sowie in Brandenburg (22. September) ein »Demokratisches Querfrontfest« stattfinden. An diesem demokratischen Querfrontfest sollen jeweils dezidiert »linke«, »mittige« und »rechte« Demokraten teilnehmen, um die Erneuerung Deutschlands mit Verfassungserneuerung einzuleiten. Der Termin soll aus Sicherheitserwägungen erst kurzfristig bekanntgegeben werden. (jro)

### BALLWEG-DEMO NOCH NICHT FINANZIERT

Berlin/DW. »Finanziell war die Demonstration leider ein Desaster. Da wir nur vor Ort sammeln konnten und die Unterstützung der circa 500.000 Zuschauer der Live-Streams ausgefallen ist, da wir kein Bankkonto haben – zu wenige wechseln auf Bitcoin –, sind die Kosten für die Demo leider noch lange nicht gedeckt«, so der große Bürgerrechtler Michael Ballweg am zurückliegenden Wochenende in einer Mitteilung an den DW. Die Initiative Querdenken verweist auf ein neues, bankenunabhängiges und überwachungsfreies Spendenmodell auf der Seite <https://f.querdenken-711.de/b0308-finanzierung-02/>. Zur Großdemo in der Hauptstadt resümierte Ballweg: »Wir schätzen, dass 30.000 bis 35.000 Menschen, die sich für Frieden, Freiheit und Wahrheit einsetzen möchten, am 3. August 2024 in Berlin waren. Das Querdenken-Camp läuft seitdem und wir lernen gerade viel über die Camp-Organisation, die sich grundsätzlich von einer Kundgebung unterscheidet«. (ale)

# »VS bezeichnet uns als Mobilisierungsmaschine«

**Die Freien Sachsen treten im Freistaat zu den Landtagswahlen an – und haben echte Chancen.**  
DW spricht mit Bewegungs- und Parteigründer Martin Kohlmann.

**DW: Herr Rechtsanwalt Kohlmann, Sie treten mit den Freien Sachsen zur Landtagswahl im Freistaat am 1. September an. Weshalb?**

Martin Kohlmann: Wir haben von Anfang an gesagt: Wir treten an, wenn unser Antritt notwendig in dem Sinne ist, dass es sonst niemanden gibt, der unsere Anliegen vertritt. Dies ist leider der Fall, da aus unserer Sicht die AfD vor allem bei der Corona-Aufarbeitung versagt. Zum anderen haben wir das von einer gewissen Erfolgchance abhängig gemacht.

**DW: In den Umfragen werden Sie mit den Freien Sachsen immer wieder unter »Sonstige« geführt, so bei der Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unter 1.003 Sächsinen und Sachsen vom 9. August, die für die »Sonstigen« 9 Prozent auslistet. Wieviel davon entfällt Ihrer Einschätzung nach auf Ihre Partei?**

Martin Kohlmann: Zu den Kreistagswahlen im Juni hatten wir flächendeckend im Durchschnitt über drei Prozent. Dabei gab es viele Wähler, die uns eine oder zwei von drei möglichen Stimmen gegeben haben. Ich habe übrigens selber die Auszählung in zwei Wahllokalen überwacht. Es haben also



Bis zu neun Prozent bei den Landtagswahlen im Freistaat Sachsen? Der Rechtsanwalt Martin Kohlmann, geboren 1977 in Karl-Marx-Stadt, ist Gründungsvorsitzender der Freien Sachsen, die sich ab Jahreswechsel 2021/22 den Demonstrationen der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung anschlossen. Foto: Freie Sachsen / Instagram

Martin Kohlmann: Es ist eines unserer Grundprinzipien, uns nicht zu distanzieren, sondern die Zusammenarbeit mit allen zu suchen, mit denen es Überschneidungen gibt. Außerdem betrachten wir Mandate nicht als Versorgungsposten für Leute, die es sonst schwer haben, genug zu verdienen, sondern sehen uns innerhalb und außerhalb unserer Bewegung nach geeigneten Kandidaten um. Es freut mich natürlich besonders, dass es gelungen ist, mit Marcus Fuchs einen führenden Vertreter der Querdenken-Bewegung für eine Kandidatur gewinnen zu können.

**DW: Die Altparteien zittern vor allem vor den neuen Volksparteien AfD und, mit Abstrichen, der Wagenknecht-Partei BSW. Aber auch die Freien Sachsen stehen immer wieder unter dem Feuer der politmedialen Kaste Was haben Sie ausgefressen?**

Martin Kohlmann: Wir machen was. Das unterscheidet uns auch von den vorgenannten, die oft nur reden. Der VS (Inlandsgeheimdienst mit der teils irreführenden Bezeichnung Verfassungsschutz; Anm. red.) bezeichnet uns als Mobilisierungsmaschine, und damit hat er Recht. Wir sind mit unseren Demos und kreativen Aktionen sehr schnell da, wenn und wo die Regierung Schweinereien plant. Das mögen die Herrschaften nicht.

**DW: Wie fällt Ihre Wahlempfehlung aus und mit wem wollen Sie zusammenarbeiten?**

Martin Kohlmann: Zweitstimme jedenfalls für die Freien Sachsen. Und dann freuen wir uns auf die Zusammenarbeit mit allen Nicht-Altparteien!

**DW: Herr Kohlmann, wir danken Ihnen für Ihre Antworten.**

Die Fragen stellte Anselm Lenz.



Kohlmann als Redner im Jahr 2022. Foto: FS

um die fünf Prozent der Leute mindestens eine Stimme für uns gegeben. Wenn sie das zur Landtagswahl wieder tun, und zwar die Zweitstimme, sind wir drin. Wichtig ist: Die AfD wird viele Direktmandate gewinnen, möglicherweise so viele, dass sie mit der Zweitstimme keinen weiteren Sitz erhält. Diese Stimmen sind dann verschenkt und bei uns besser aufgehoben.

**DW: Einer der erfolgsträchtigen Kandidaten Ihrer Partei ist der Demokratieaktivist und Elternsprecher Marcus Fuchs in Dresden. Warum arbeiten Sie auch mit freien Kandidaten zusammen, die nicht Mitglieder Ihrer Partei sind?**

Wochenzeitung Demokratischer Widerstand bei. Sollte es außerdem ein Faltblatt Ihres Verlages mit den von Ihnen aktuell herausgebrachten Büchern geben, so können Sie dies ebenfalls gern Ihrem Umschlag mit dem Nänncyheft beilegen.

Anmerken muß ich an dieser Stelle heutzutage leider stets: Ich verfüge über keinen digitalen Briefkasten, kann Ihnen mithin keine Texte via Internet schicken und von niemandem sogenannte elektronische Briefe (engl. e-mails) empfangen. Nun lasse ich mich überraschen, ob demnächst ein großer Umschlag aus Ihrem Hause mit lesenswerten Drucksachen hier einläuft. Mit freundlichem Gruß! – Inge B., Erfurt

## Briefe an die Redaktion

POSTKARTE  
AUS ERFURT

»Begegne dem, was auf dich zukommt nicht mit Furcht, sondern mit Hoffnung!« – Franz von Sales.

Werte Herren! Zunächst einmal sage ich »Hut ab!!« vor ihrer Courage und Ihrer Entschlossenheit, der staatlichen Zensur in den Arm zu fallen und binnen kürzester Zeit das Heft NÄNCY herauszubringen. Vermutlich sind Sie nicht immer einer Meinung mit Herrn Elsässer und seinem Redaktionskollektiv gewesen und schon manches anders als die Kollegen von Compact. Umso bemerkenswerter Ihr Mut und

Ihre Entschlossenheit, Ansichtenunterschiede hinten zu stellen und für die »früher mal im Grundgesetz geschützte« Meinungsfreiheit nicht nur mit Worten, sondern mit der praktischen Tat einzutreten gegen diesen übergriffigen, vormundschaftlichen und selbstermächtigenden Regierungsapparat und seine Günstlinge. Sollte man das »frisch von Ihnen aus dem Boden gestampfte Heft« NÄNCY auch als Druckzeitschrift erwerben können, so bitte ich um Zusendung eines Exemplars gegen Rechnung.

Um auch Ihr Wochenblatt einmal kennenlernen zu können, wäre es schön, legten Sie dem Nänncyheft die beiden letzterschienenen Exemplare der von Ihnen herausgegebenen

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.  
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

## AUF DEM SCHIRM

- RUNDBRIEF!** Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
- [instagram.com/demokratischerwiderstand](https://www.instagram.com/demokratischerwiderstand)
- [t.me/DemokratischerWiderstandTelegram](https://t.me/DemokratischerWiderstandTelegram)
- [facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung](https://www.facebook.com/DemokratischerWiderstandZeitung)
- [youtube.com: Demokratischer Widerstand](https://www.youtube.com/DemokratischerWiderstand)



Älteste und einzigartige Bergschwebbahn in Dresden-Lochwitz: »Bewusstsein, im technischen Bereich und Ingenieurwissenschaft immer Spitzenposition eingenommen zu haben, prägt Sonderform des sächsischen Patriotismus.« Foto: Claudib6/CC

# Sachsen kann es auch allein

**Der Freistaat braucht lebendige Regionen statt einzelne ökonomische Großprojekte.**  
ANALYSE und KOMMENTAR von Arne Schimmer

**I**n der zweiten Hälfte des laufenden Monats geht es los: Der taiwanische Chip-Gigant TSMC, der weltweit größte Auftragsfertiger der Halbleiterindustrie, startet mit dem Bau seines Werks in Dresden. Fünf Milliarden Euro an deutschen Steuergeldern bekommt das Unternehmen, das zu den größten börsennotierten Konzernen der Welt zählt

TSMC ist nur einer von mehreren Chip-Giganten, die sich in Elbflorenz angesiedelt haben. Die sächsische Landeshauptstadt kann auf eine lange Tradition bei der Produktion von Halbleitern zurückblicken. Mit der Produktion eines ersten Ein-Megabit-Chips in einem Land des damaligen Ostblocks wurde hier 1988 eine technische Pionierleistung von Wissenschaftlern aus dem Arbeiter- und Bauernstaat erbracht. Schon 1961 hatte der Physiker Werner Hartmann hier die »Arbeitsstelle für Molekularelektronik« (AME) gegründet und mit großem politischem Geschick beträchtliche staatliche Fördergelder und viel Personal für sein Projekt erwirkt.

»SILICON SAXONY«  
IST NICHT ALLES

Damit legte er den Grundstein für den heute europaweit größten Mikroelektronik-Cluster, der als »Silicon Saxony« bekannt wurde und der mittlerweile aus 2.500 Unternehmen mit 75.000 Mitarbeitern besteht. Eine typisch sächsische Erfolgsgeschichte, die auf naturwissenschaftlichen und technologischen Spitzenleistungen beruht. Gerade weil die DDR-Forscher wegen des Embargos des Westens dazu gezwungen waren, alle Maschinen und Verfahren zur Halbleiterproduktion selbst zu entwickeln, galten sie als ungemein kreativ und improvisationsfähig. Ihr Fachwissen sorgte dafür, dass es auch nach dem Mauerfall mit der Mikroelektronik in Sachsen weiterging und Konzerne wie Siemens

(Infineon) oder die US-amerikanische AMD Halbleiterfabriken in Dresden errichteten. Sachsen war schon immer ein Wirtschaftsraum ersten Ranges. Nicht umsonst liegt hier die deutsche Pionierregion der Industrialisierung, deren erste Keime schon in den im Mittelalter und der frühen Neuzeit gegründeten Bergstädten im Erzgebirge mit ihrem durchorganisierten Silberabbau zu erahnen waren. Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im Zeitalter der Manufakturen mit der Entdeckung eines Verfahrens zur Herstellung von Hartporzellan durch den Chemiker und Alchemisten Johann Friedrich Böttger im Jahr 1710 in Meißen und sie kulminierte in der Transformation von Chemnitz, dem »sächsischen Manchester«, zur ersten echten deutschen Industriestadt in den Jahren nach 1800. 1

845 gründete Ferdinand Adolph Lange in Glashütte im sächsischen Müglitztal eine Uhrenfabrik, die bis heute Weltruf genießt. 1901 wurde im Dresdner Stadtteil Loschwitz die älteste und bis heute in ihrer Bauart einzige Bergschwebbahn der Welt in Betrieb genommen. Das Bewusstsein, im technischen Bereich und den Ingenieurwissenschaften immer eine Spitzenposition eingenommen zu haben, prägt wegen all dieser Erfindungen und Durchbrüchen völlig zurecht die landestypische Sonderform des Patriotismus.

SÄCHSISCHES GOLD  
IN DEN KÖPFEN

Bis heute glänzt man beim Schulleistungsvergleich PISA, und zwar nicht nur als nationaler, sondern globaler Spitzenreiter im Bereich der Naturwissenschaften. Im Jahr 2008 belegte Sachsen nur knapp hinter Finnland den zweiten Platz vor Japan, Neuseeland und Australien. Das Gold in den Köpfen machte die Region schon immer zu einer wirtschaftlichen Korsettstange. Das war auch in der DDR so, wo die drei Bezirke

Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt, die das im April 1952 aufgelöste Land Sachsen ersetzt hatten, bis in die späten achtziger Jahre ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes erwirtschafteten.

2022 stand Sachsen mit einem Bruttoinlandsprodukt von 146,5 Milliarden Euro an der Spitze der mitteldeutschen Flächenländer sowie vor den West-Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein, Saarland und Bremen. In der EU würde man sich mit diesem Wert knapp hinter Ungarn, aber vor der Slowakei einreihen. Sächsische Produkte haben die weltweiten Märkte erobert, doch die Globalisierung ist gleichzeitig auch eine Gefahr für die sächsische Wirtschaft. Zuletzt hieß es zum Beispiel auf dem Nachrichtenblog des Microsoft-Konzerns: »Sachsen hat angesichts von Großinvestitionen in die Halbleiterbranche einen riesigen Bedarf an Arbeitskräften. Der Mittelstand befürchtet deshalb einen Aderlass des von ihm ausgebildeten Personals. Auf einem Wirtschaftstreffen in Dresden versuchten Vertreter der Chip-Industrie und der Kammern ein Agreement zu finden.«

Diese Meldung zeigt, dass selbst die sogenannten Globalisierungsgewinner einen hohen Preis für Ansiedlungserfolge zahlen. Aus einer patriotischen Sicht sind solche Ansiedlungserfolge aber nicht alles, sondern es sollte immer darum gehen, die Wirtschaftskraft der eigenen Kommune bestmöglich als Hebel einzusetzen, um damit wiederum regionale Wirtschaftskreisläufe und ortsansässige Unternehmen zu stärken. Jeder eingesetzte Euro soll bestenfalls für Wachstum van Ort und Stelle sorgen.

Dabei kann man auch versuchen, neue Wege zu gehen. Die Stadt Lingen im niedersächsischen Emsland legte beispielsweise schon zweimal seit 2020 eine Gutscheinkarte auf, um der regionalen Wirtschaft nach der von der Politik verursachten Corona-Wirtschaftskrise wieder auf die Beine zu helfen.

## MELDUNG

NORD STREAM: ROMMEL  
MIT HAFTBEFEHL

Karlsruhe/DW Fast zwei Jahre nach dem der Sprengung der französisch-russisch-deutschen Gasversorgungsleitungen in der Ostsee hat Generalbundesanwalt Jens Rommel am Mittwoch einen ersten Haftbefehl erwirkt. Bei dem Gesuchten handelt es sich laut Informationen der Propagandakonzerne ARD, SZ und Die Zeit um einen in Polen lebenden Ukrainer, der in die fragwürdige Geschichte rund um die Segeljacht Andromeda verstrickt sein soll, wovon unter anderem die drei umstrittenen Medien berichtet hatten. Der Verdächtige konnte sich seiner Verhaftung indes entziehen. Laut Sicherheitskreisen sei der Verdächtige womöglich gewarnt worden.

Ob der ausgestellte Haftbefehl ein PR-Schachzug des Generalbundesanwalts ist, um den Vorwürfen ausbleibender Ermittlungsergebnisse zuvorzukommen, die angesichts des zweiten Jahrestages des Anschlags auf Nord Stream zu erwarten waren, wird sich erweisen. DW hatte in #DW106 vom 1. Oktober 2023 aufgedeckt, dass US-Einheiten den Anschlag vorbereiten und ausgeführt haben müssen, was Monate später von US-Aufklärungsjournalist Seymour Hersh bestätigt wurde. (jro mit Material von Ruptly)

COMPACT: ZAAV MIT  
PRESSEKONFERENZ

Berlin/DW. Nach Bekanntgabe des Bundesverwaltungsgerichtsurteils vom Mittwoch, mit dem das Verbot des Nachrichtenmagazins Compact aufgehoben weitgehend wurde (Seite 4), kündigten noch am Abend die Anwälte des »Anwalts-teams Pressefreiheit« um Ralf Ludwig eine Pressekonferenz für den nächsten Morgen an. Diese fand im Tagungszentrum der Bundespressekongress in Berlin statt.

Auch Regionalwährungen sind ein probates Mittel, um Geld in der Region zu halten und das Abfließen der Mittel zu verhindern.

REGIONALE KREISLÄUFE STATT  
INDUSTRIELLER MONOKULTUR

Die bekannteste deutsche Regionalwährung ist der Chiemgauer, der in den beiden südbayerischen Landkreisen Traunstein und Rosenheim von mehr als 500 Unternehmen akzeptiert wird. »Der eigentliche Wirtschaftseffekt ist nicht, dass die Bürger ihr Geld in Chiemgauer umsetzen, sondern dass die Unternehmen innerhalb des Netzwerkes miteinander Handel treiben«, erklärte Christian Gelleri, der Erfinder des Chiemgauer, gegenüber der Rheinischen Post.

In der Schweiz gibt es mit der WIR-Bank sogar ein eigenes Komplementärwährungsinstitut. Heute beteiligen sich etwa 30.000 kleine und mittlere Unternehmen an dem WIR-System, das dazu dienen soll, die im Teilnehmerkreis gebundene Kaufkraft zu erhalten und zu bündeln. Wichtig ist dabei vor allem, ein neues Paradigma des Wirtschaftens zu schaffen.

Fortsetzung auf Seite 10



WIR SIND DIE 99 PROZENT!  
**MOTOR MITTELSTAND**  
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*  
**UNTENRUM  
WIRDS KALT**

**Traurig, aber wahr. Es gibt genügend Unternehmen, die vom Krieg profitieren. Gerade in den aktuellen Zeiten sieht man es ganz besonders gut und es sind nicht nur die Rüstungskonzerne, aber diese eben ganz besonders.**

Die Pandemie war auch ein Unfrieden im ganz besonderen Maße, es war ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung, auch wenn es die meisten Menschen überhaupt gar nicht kapiert haben, und es bis heute nicht kapiert haben, und auch überhaupt nicht kapieren wollen. Und auch in dieser Pandemie haben genügend profitiert, und tun es immer noch. Und genau deshalb halten sie auch die Klappe und machen mit. Das einzig passende Adjektiv ist »widerlich«. Widerlich im höchsten Maße. 1.934 Unternehmen waren im Mai in die Insolvenz gegangen. Das sind rund 31 Prozent mehr als im Mai 2023. Und da waren es auch schon 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Interessiert irgendwie niemanden. Schlappe 3,4 Milliarden Euro sind es, auf die Gläubiger aus den Insolvenzen im Jahr 2024 warten. Hilfe haben sie, diese pleitegehenden Betriebe, wohl keine zu erwarten. Denn unser Staat, und das sind ja wir alle, also eigentlich unsere Vertreter, also eigentlich jene, die unsere Interessen vertreten sollen, geben unser Geld für alles aus, nur nicht für uns und unser Wohlergehen. Unsere Politiker reden lieber über alle möglichen Probleme in der großen Welt als über die Probleme zuhause im eigenen Land. Da ist es ja auch schon ziemlich national, quasi rechts, sich über das Hemd mehr Gedanken zu machen als über die Hose.

**KRIEGSGEWINNLER UND VERBRECHER**

Dabei reicht das Geld für alles, lediglich auf Pandemien und Kriege und diverse andere Lügen gilt es zu verzichten. Das geht aber halt erst, wenn wir jenen friedlich, aber intelligent, den wirtschaftlichen Krieg erklären, welche sich am Unfrieden dumm und dämlich verdienen. Ach ja, und die Nase aus dem Hintern der Amerikaner nehmen, das wäre dem Wohlergehen der 99 Prozent deutschem Mittelstand auch sehr dienlich. Je schneller, desto besser! Denn der deutsche Ausverkauf ist in vollem Gange, und das meiste kommt als gewaltiger Nachbrenner erst in den nächsten Jahren. Gut gespart reicht es auch ewig, jene endlich hinter Gitter zu bringen, die es längst verdient haben. Denn »wer die Menschen verwirrt, wer sie ohne Grund in Unsicherheit, Aufregung und Furcht versetzt, betreibt das Werk des Teufels«. Ein weiteres Zitat von Franz Josef Strauß. Und genau das ist es, was sie tun. Ungebildet und vorsätzlich. Rücktritte reichen da nicht. Es sind Verbrechen, und als solche gehören sie verfolgt. Dann gibt es vielleicht den Frieden, im Inneren und im Äußeren.

Es braucht einen »großen Reset«, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!  
Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9

Die Logik der Globalisierung beruht bis heute nicht zuletzt auf den Grundsätzen, die der britische Ökonom David Ricardo schon an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert formulierte. Sein Beitrag zur Theorie des Außenhandels, seine Lehre von den »komparativen Kostenvorteilen«, ist bis heute ein Hauptargument der Globalisierer geblieben.

**THÜNENSCHER  
RINGE**

Nach Ricardo soll ein Land ein Gut nur dann herstellen, wenn es dieses günstiger als alle anderen Länder produzieren kann. Hält sich jedes Land an Ricardos Regel des absoluten Kostenvorteils, kann nach Ricardo ein globales Wohlstandsmaximum durch Freihandel erreicht werden. Ricardo wurde somit zum theoretischen Vorbereiter der industriellen Monokulturen der Globalisierung, die, da sie extrem import- und exportabhängig sind, ständig vom Boom in die Depression fallen und somit sehr krisenanfällig sind. Etwa zur gleichen Zeit lebte und publizierte aber auch der deutsche Wirtschaftsgeograph und Ökonom Johann Heinrich von Thünen. Mit den »Thünenschen Kreisen« legte der Volkswirt aus Friesland eine erste Theorie zur ökonomischen Effizienz der Region vor. Die Wirtschaftsräume bilden demnach um jede Region eine ineinander verschachtelte Hierarchie, gleichsam der konzentrischen Jahresringe eines Baumes, in welcher jede neue Schicht jene Elemente zum Ganzen hinzufügt, welche die inneren nicht abdecken können.

Die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse wie Ernährung, Wohnung und Kleidung sind, soweit möglich und sinnvoll,

in den heimat- und lebensnahen Wirtschaftsräumen abzudecken. Die Entwicklung und Produktion moderner Techniken mit breitflächiger Verwendung, wie beispielsweise im Bereich der Energiegewinnung, der Materialforschung, der Wiederverwertung von Stoffen (Recycling), der Umwelt- und Biotechnologien, der sonstigen Verfahrenstechnologien, der Elektronik, der Informationsverarbeitung, der Kommunikationstechnologie und so weiter, sollten ebenfalls, soweit möglich, regional verteilt und überregional vernetzt sein. Die Bereiche Großindustrie und Großtechnologie können sich in überregionalen nationalen, teilweise auch europäischen oder sogar weltweiten Wirtschaftsräumen entwickeln, was aber nicht zum Selbstzweck werden sollte. So sähe eine Übertragung des Thünenschen Modells auf die Gegenwart aus.

Klar sollte für Patrioten jedenfalls sein, dass wir mehr Thünen und weniger Ricardo benötigen. Auf Sachsen übertragen bedeutet das, dass nicht nur einzelne Leuchtturm-Projekte in den Metropolen gefördert werden dürfen, sondern das Land in der Breite zum Blühen gebracht und gerade die sogenannten abgehängten Regionen revitalisiert werden müssen – denn ein freies Sachsen braucht vor allem auch ein hohes Maß an wirtschaftspolitischer Souveränität und an funktionierenden und möglichst intensiv genutzten regionalen Wirtschaftskreisläufen.

*(Arne Schimmer ist offizieller Wirtschafts-  
experte der Partei Freie Sachsen und wurde von der DW-Redaktionsleitung für diesen Originalbeitrag entlang der Micro-  
soft-Meldung angefragt, um die Themenkreise der Wirtschafts- und Sozialpolitik aus sächsisch-separatistischer Perspektive darzustellen.)*

progressive Demokraten aus allen Deutschen Ländern zu einem Fest, um in der damals Bayerischen Pfalz nationale Einheit, Freiheit und Volkssouveränität für alle Deutschen zu fordern, all das, was die feudalistische Obrigkeit mit aller Macht bekämpfte.

In einem Meer aus SCHWARZ-ROT-GOLD (den Farben der späteren Revolutionen von 1848 und 1918) und über 30.000 begeisterten Teilnehmern, sprach der Initiator und Vorkämpfer einer unabhängigen und freien Presse, Philipp J. Siebenpfeiffer, von seiner Vision einer FREIHEITLICHEN GESELLSCHAFT auf deutschem Boden. Von einem Staatswesen, welches sich aus der Unterdrückung und Knechtschaft eines überkommenen, alle Freiheit erstickenden, Absolutismus hunderter Könige und Fürsten emanzipiert hat.

Eine Welle brutaler Verfemung durch die Justiz und Exekutive der Obrigkeit folgte. Durch Verfolgung und Flucht nervlich und emotional ausgelaugt, starb der Vorkämpfer des freien Journalismus im Exil – einsam und vergessen. Sein Lieblingszitat von Alphonse de Lamartine, soll uns eAuftrag sein: »Die Presse muss notwendig frei sein, denn sie ist die Stimme aller, ihr Schweigen ist der Tod der Freiheit, jede Tyrannei, welche eine Idee mordet, beginnt damit, dass sie die Presse knebelt.«

**MELDUNG**

**CHINESISCHE BANKEN  
WEISEN RUSSEN AB**

Hongkong/DW. »Für russische Unternehmen ist es jetzt schwierig, in China etwas zu kaufen«, warnte in der ablaufenden Woche Alexei Rasomowski, kaufmännischer Direktor des Unternehmens Impaya Rus laut der russischen Tageszeitung Iswestija (russisch Известия; deutsch Nachrichten). »Schon jetzt weigern sich mehr als 98 Prozent der chinesischen Banken, direkte Transaktionen aus Russland zu akzeptieren«, so Rasumowski weiter. »Die Situation im Zahlungsverkehr zwischen Russland und China verschlechtert sich«, resümiert das seit 1917 erscheinende Blatt. »Selbst kleine regionale Banken in China weigern sich zunehmend, Zahlungen aus Russland anzunehmen, obwohl sie noch im Mai und Juni mit russischen Unternehmen zusammenarbeiteten«, heißt es.

Bisher war davon ausgegangen worden, dass kleine regionale Kreditbanken in der Volksrepublik weniger unter westlicher Einflussnahme stehen, weniger anfällig für die neuen Sanktionen gegen Russland seien und die Direktzahlungen aus Russland in chinesischer und russischer Währung eher brgrüßte. »Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass die derzeitigen Schwierigkeiten gerade mit der Angst vor US-Restriktionen zusammenhängen, meinen mehrere von der Zeitung befragte Experten«, wie die russische Auslandswelle RT berichtet. Russische wie chinesische Unternehmer planen nun laut Meldungen verstärkt den Umstieg in Kryptowährungen wie Bitcoin und die Umgehung westlicher Kontrollmöglichkeiten durch zwischengeschaltete Drittländer und Zahlungsagenten etwa in Hongkong. (mmi)

**MACRON-PARTEI WILL  
WEITERMACHEN**

Paris/DW. Einen Monat nach der umbruchshaften Parlamentswahl in Frankreich hat der Generalsekretär der »abgestürzten« Präsidentenpartei »Renaissance« (deutsch »Wiedergeburt«, vormals »Republik in Bewegung«), Stéphane Séjourné, Politikern anderer Parteien in einem Brief einen »Aktionsplan für die Franzosen« vorgeschlagen. Dieser beinhaltet nach dessen eigenen Angaben die Aufforderung zur Spaltung des konkurrierenden Wahlbündnisses Neue Volksfront (Nouveau Front Populaire), das sich demnach von seiner stärksten Teilkraft »Unbeugsames Frankreich« trennen soll. Ziel der Séjourné-Initiative ist die Fortsetzung der neoliberalen EU-Agenda des Präsidenten Emmanuel Macron.

Wie Séjourné zu Wochenbeginn auf der Plauderplattform X-Twitter bekanntgab, richte sich das Schreiben an die »republikanischen Parteien«. Damit sind– ähnlich der Sprachregelung der deutschen Regenbogenpresse von »demokratischen Parteien« – alle Parteien außer den linken »Insoumises« und der rechten Partei »Nationale Zusammenkunft« (Rassemblement) um Marine Le Pen gemeint. Ähnlich fast allen anderen Oppositionspartien in NATO-Ländern werden diese regelmäßig von den Medienkonzernen verfemt und zuletzt mit immer raserenderen Vorwürfen von »Antisemitismus«, »Populismus« und so weiter belegt. (bat/ale)

# DER EWIGE KRIEG

**Im Stellvertreterkrieg Kiews gegen Moskau kam es zuletzt zu einem Invasionsversuch ukrainischer Verbände in Richtung der Städte Kursk und Moskau.**

Das Kriegsgeschehen um die »Ostfront des Westens« wartet mit immer bizarrerem Ereignissen auf. Laut Expertenmeinung könnte demnächst tatsächlich der Dritte Weltkrieg erklärt werden, allerdings ohne, dass sich der Krieg selbst stark ausweitete, sondern zum Zwecke des nächsten Ausnahmezustands im Westen.

Die Corona-Lüge ist gefallen. Wie diese Zeitung in nunmehr 183 Ausgaben teils weltführend aufklärte, ist der Hintergrund der größten Propagandaaktion der Menschheitsgeschichte unter dem Stichwort »Corona« das Ende des US-Dollar-Systems, das ohne ständige Ausweitung von Geldmenge, Konsumtion und Dominanz über die Rohstoffe der Erde nicht aufrechterhalten werden kann.

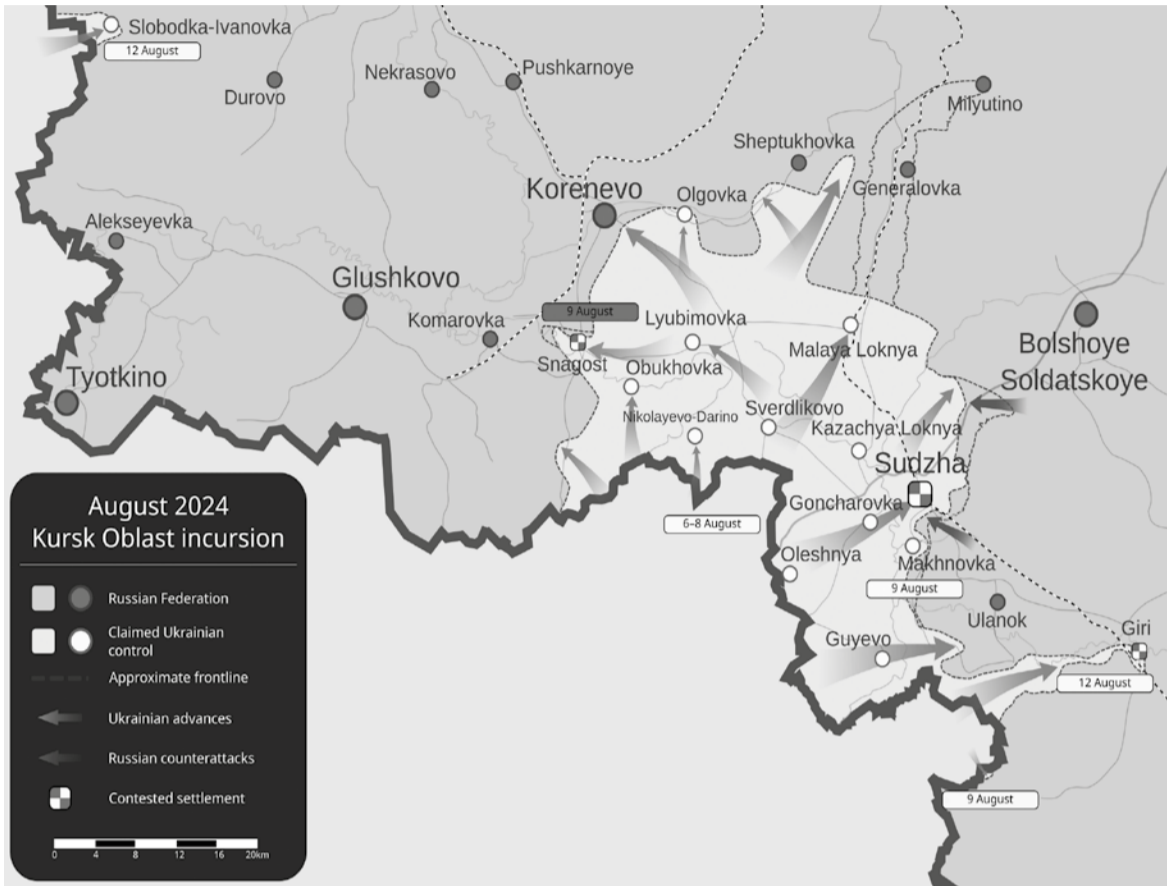
Bereits in den Jahren 2007 bis 2009 war im Zuge der sogenannten Finanzkrise ein Kipppunkt des alten Finanzkapitalismus feststellbar, wobei China seinen engen Handelspartner USA nochmal »raushaute« (Bailout), indem es den US-Dollar mit Billionen-Aufkäufen stabilisierte. Die »gekaufte« Karenzzeit war 2019 nach zehn Jahren abgelaufen.

Für die Einführung einer digitalen Weltwährung mit totalitärer Vollkontrolle jedes einzelnen Menschen (CBDC, DW berichtete mehrfach), braucht die neue globale Herrschaftskaste der Nordhalbkugel eine oder mehrere weltkriegshaft große Krisen. Das große Aufatmen soll laut Plan mit der »Agenda 2023« kommen, über die kein Mensch jemals abgestimmt hat und deren Details jenseits wohlmeinender bunt gestalteter 17 Werte-Logos unter Verschluss sind.

## NEUES VON DER OSTFRONT

Für weltweites Aufsehen sorgte zuletzt das massive Eindringen ukrainischer Truppen auf das Territorium der Russischen Föderation jenseits der Front in der Ukraine ab 6. August. Unabhängige Beobachter meldeten: »Die ukrainischen Streitkräfte sind entlang der Autobahn 38K-004 in Richtung Gonscharowka und Sudzha vorgerückt, mit unbestätigten Berichten über anhaltende Kämpfe in der Siedlung, die einen acht Kilometer langen Vorstoß auf russisches Territorium markieren. Es gibt Gerüchte über einen möglichen russischen Gegenangriff im Morgengrauen, aber diese Berichte sind unbestätigt und könnten ein Versuch sein, die Moral unter den russischen Truppen aufrechtzuerhalten.« (Militär-News)

Weiter wird berichtet: »Die Zivilbevölkerung von Sudzha (engl. Literation »Sudzha« wie in der Grafik; russ. Original Суджа; Anm. d. Red.) wurde in der Nacht evakuiert, und mehrere russische Quellen haben behauptet, dass tschetschenische Achmat-Spezialeinheiten ihre Posten entlang der Grenze aufgegeben haben, als die



Grafische Darstellung der Kiewer Verzweilungsoffensive in der russischen Region Kursk vom 6. bis 12. August 2024. Die Grafik stammt zwar vom US-Kriegsforschungsinstitut ISW, dürfte aber die Vorstoßversuche (Pfeile) in Richtung der Städte Sudzha (Sudzha) und Giry in der Oblast Kursk korrekt darstellen. Der stellvertretende Leiter des Gebiets Kursk, Alexei Smirnow, erklärte am Dienstag, dass »der Feind 28 Siedlungen kontrolliert«. Über das Schicksal von etwa zweitausend Menschen, die dort leben, sei nichts bekannt. Die Tiefe des feindlichen Einmarsches beträgt nach seinen Angaben für RT zwölf Kilometer, die Breite vierzig Kilometer. Bei der Invasion sind demnach zwölf Zivilisten getötet und 121 verwundet worden, darunter zehn Kinder. 121.000 Menschen wurden evakuiert. Grafik: gemeinfrei

ukrainischen Streitkräfte angriffen. Mehrere russische Quellen haben diese Informationen bestätigt, wobei Karten zeigen, dass die Ukraine die Kontrolle über mindestens zwei Gebiete auf russischem Territorium übernommen hat.«

## EVAKUIERUNGEN IN OBLAST KURSK

Die weltbekannte russische Auslandswelle RT, die in vielen Angelegenheiten in den zurückliegenden 15 Jahren die Rolle des früheren »Westfernsehens« unter umgekehrten Vorzeichen eingenommen hatte und daraufhin in der BRD massiv zensiert und verfolgt wurde, merkt an: »Beim Überfall der Ukraine auf die russische Grenzregion Kursk kommen aus Deutschland gelieferte Marder-Schützenpanzer zum Einsatz. Deren Verwendung sei vom Völkerrecht gedeckt, meinen deutsche Politiker.« FDP-Konfliktpolitiker Ulrich Lechte habe demnach keine völkerrechtlichen Bedenken: »Wir haben der Ukraine Waffen zur Verfügung gestellt, die mit der Übergabe als Teil der militärischen Ausrüstung der Ukraine betrachtet werden. Selbstverständlich steht es der Ukraine frei, diese Ausrüstung uneingeschränkt zu nutzen.«

Die deutschsprachige RT-Ausgabe schlussfolgert: »Etwas anders sieht es allerdings aus, wenn deutsche Waffen für Kriegsverbrechen und in Genozid-Absicht eingesetzt werden. Beim Vorstoß der ukrainischen Armee ist kein militärischer Zweck erkennbar. Vor allem in den USA wird über das von der Ukraine verfolgte militärische Ziel des Überfalls gerätselt, denn es erschließt sich nicht.«

Auch im Westen wird darauf verwiesen, der Kiewer Statthalter-Präsident Wladimir Selenski habe die waghalsige und aussichtslose Offensive auf russisches Kernland nicht mit seinen Hauptlieferanten in Washington und London abgesprochen. »Russland soll

spüren, was es getan hat«, zitiert die Tageschau laut RT den ukrainischen »Präsidenten mit abgelaufenem Haltbarkeitsdatum«. »Der Aspekt der Rache« stehe beim Angriff im Vordergrund. Dafür spreche laut der deutschen RT-Kommentatoren auch, dass bisher »überwiegend zivile Ziele angegriffen wurden: Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser und zivile Infrastruktur« und verweist auf eines der wichtigsten Vertragswerke für die Existenz der mit der DDR vereinigten Bundesrepublik in gegenwärtigem Zustand: »Im Zwei-plus-Vier-Vertrag verpflichtet sich Deutschland dazu, dem Frieden zu dienen und das Völkerrecht zu achten. Von diesem Einheits-Versprechen ist nichts übrig, dies machen der Ukraine- und der Nahost-Konflikt deutlich. Deutschland ist in jeder Hinsicht wortbrüchig und erweist sich als unzuverlässiger, nicht vertrauenswürdiger Partner. Ob nachfolgende deutsche Politikergenerationen international wieder Vertrauen in Deutschland und das Wort deutscher Politik herstellen können, ist vor



dem Hintergrund des umfassenden deutschen Wortbruchs derzeit nicht absehbar.« Der Vorgang der Kiewer Offensive in Richtung Moskau ist durchaus keine Kleinigkeit. So weiß die mit uneabhängiger Russland-Expertise ausgestattete Tageszeitung junge Welt (jW) am Dienstag nur zu berichten: »Über die Lage im russisch-ukrainischen Grenzgebiet gibt es weiterhin nur wenig direkte Informationen. Die ukrainischen Truppen haben sich knapp eine Woche nach dem Einmarsch offenbar in einem etwa zehn Kilometer tiefen Grenzstreifen festgesetzt und führen von dort aus mit kleinen, mit Motorrädern und Quads ausgerüsteten Kampfgruppen Angriffe ins russische Hinterland in eine Tiefe von bis zu 40 Kilometern hinter der Grenze durch.«

## VERZWEIFLUNGSTAT NACH RUSSISCHEM DE-FACTO-SIEG?

Demnach sei erklärt worden, der kommissarische Gouverneur von Kursk, Alexej Smirnow, habe in einer Beratung mit Präsident Wladimir Putin am Montag erklärt, dass etwa 120.000 Menschen in seiner Region evakuiert worden seien, 28 Ortschaften befänden sich in ukrainischer Hand. Unter den evakuierten Landkreisen seien auch zwei Kreise in der Nähe des Kernkraftwerks Kursk. »Gleichentags folgte die Evakuierungsanordnung des Gouverneurs der an das Gebiet Kursk südlich angrenzenden Region Belgorod. 11.000 Menschen seien allein aus einem Grenzbezirk in Sicherheit gebracht worden, meldete die staatliche Nachrichtenagentur TASS« laut jW. Laut nahezu einhelliger Meinung hatte Moskau in der ersten Jahreshälfte 2024 ein deutliches Übergewicht im Ukraine-Krieg erzielt und zuletzt die Kriegssituation de facto für sich entschieden. Demnach gibt es trotz der massiven Ausrüstung durch die NATO keine Möglichkeit mehr für die West-Fraktionen und Kiew, die russischsprachigen Gebiete Krim, Donbass und weitere Regionen in der Süd- und Ostukraine zurückzuerobern.

## WER RETTET DIE ALTE WELTHERRSCHAFTSCLIQUE?

Noch mehr explosive Weltkriegsgefahr beinhaltet der sogenannte Nahost-Konflikt mit den jahrzehntelangen Konfliktparteien USA, Großbritannien und ihrem »Ziehkind« Israel einerseits und fast der gesamten muslimischen Welt andererseits, inklusive dem Nato-Mitgliedsland Republik Türkei. Zuletzt war von Seiten iranischer Quellen zu hören, Teheran wolle nun zu »massiver Vergeltung« auf Israel ansetzen im Gegenzug für die Tel Aviver Operationen und Morde der jüngsten Vergangenheit (DW berichtete).

Mehrere Experten für »Verschwörungstheorie« prognostizierten unabhängig voneinander, in den kommenden drei Monaten könne eine Art »heißes Weltkriegsszenario« ausgerufen werden. Dies allerdings ohne, dass sich die Kampfhandlungen noch drastisch verschärften. Ziel sei demnach ein »Kriegstheater«, um so den Dollarkollaps für die herrschenden 5.000 der Erde so milde wie möglich in ein direkteres Herrschaftssystem mit mehr Kommandowirtschaft und direkter, digital gestützter, totalitärer Kontrolle zu überführen. - Wie wäre dagegen es mal mit Frieden, Abrüstung, Verlagerung der Kampflost in Sport und Spiel – und direktdemokratischer Aushandlung der Konflikte, anstatt »Opas Kino« und endloses »Peng Peng«?

(Batseba N'Diaye, Anselm Lenz)

»Über die »rechtsextremen« Proteste und Ausschreitungen, von denen England seit Ende Juli heimgesucht wird, gibt es eine Menge zu sagen. Ausgelöst wurden sie von einem Messermord an drei kleinen weißen Mädchen im Alter von sechs bis neun Jahren durch einen schwarzen, siebzehnjährigen Täter, dessen Eltern aus Ruanda stammen, einem Land, das 1994 Schauplatz eines der blutigsten Genozide der Weltgeschichte war.

Geboren ist er in Cardiff, Wales und aufgewachsen Southport, England, weshalb er selbstverständlich als waschechter Engländer und/oder Waliser wie jeder andere weißhäutige Eingeborene anzusehen ist. Die Protestler und Randalierer sind fast alle weiß und entstammen fast alle der Arbeiterklasse. So etwas hat es im modernen Großbritannien noch nie gegeben. Randalie dieser Größenordnung waren in der Regel dominiert von »People of Color« und hatten den Charakter von Rassenunruhen (wobei: haben wir es hier mit etwas anderem zu tun?).

Es ist dabei nicht von besonders großer Bedeutung, dass sich der Zorn der Weißen aufgrund von Falschinformationen zunächst gegen Muslime richtete, während der Täter in Wahrheit ein Christ ist (wie 95 Prozent der Bevölkerung von Ruanda). Der erste Protest fand vor der Moschee von Southport statt und eskalierte rasch zu einem gewaltsamen Zusammenstoß mit der Polizei.

Allen »Counter-Dschihad«-Blendern zum Trotz ist »der Islam« aber nur ein Faktor in einem Konflikt, der hauptsächlich ethno-kultureller und rassischer Natur ist (ein handelsübliches koscheres *Framing* gibt es etwa in der NZZ vom 8. August unter dem Titel »Viele Medien weigern sich, die Umstände der Gewalt in England zu benennen. Es geht um die grenzenlose Migration«). Anti-islamisches Ressentiment hat in der Regel nichts oder nur sehr wenig mit Ressentiment gegen eine Religion zu tun, sondern ist essentiell ethnisches Ressentiment, das handfeste Gründe in handfesten, realen Konflikten hat.

#### AUFSTÄNDE SIND NICHT VOM »REGENBOGENHIMMEL« GEFALLEN

Was sich seit einer Woche in England Luft macht, ist natürlich nicht vom heiteren Regenbogenhimmel gefallen. Explosionsartig entlädt sich eine lange, aufgestaute Spannung. Seit Jahrzehnten werden in Großbritannien Menschen, die sich kritisch zur Masseneinwanderungspolitik äußern, geächtet, mundtot gemacht und gar juristisch mit drakonischen Strafen verfolgt.

Gleichzeitig ist das Land Schauplatz von besonders drastischen »Kollateralschäden« des Multikulturalismus, deren finsterer Tiefpunkt wohl der systematische, organisierte sexuelle Mißbrauch von mindestens 1.400 vorwiegend weißen minderjährigen Mädchen aus der Arbeiterklasse durch pakistanische Banden war (Missbrauchsskandal von Rotherham ab 2010, siehe zum Beispiel Wikipedia). Hier hat eine »von oben« importierte und per »Antirassismus« geschützte ethnische Gruppe jahrelang Jagd auf die schwächsten und verwundbarsten Teile der unteren Schichten der autochthonen Bevölkerung gemacht. Nichts davon hat in irgendeiner Weise zu einem Umdenken oder einer Umkehr der multikulturalistischen

# KEIN UMDENKEN

*Seit dem bestialischen Mord an drei kleinen Mädchen durch einen messerbewaffneten Täter*  
BERICHT, ANALYSE und KOMMENTAR von Martin Lichtmesz (Redaktion Sezession)



»Wir kamen nicht nach Britannien, Britannien kam zu uns!« – Schildaufschrift bei einer politisch links auftretenden Gegendemo gegen die Aufständissituationen der überwiegend weißen Arbeiterklasse, die in Städten wie London, Cardiff, Birmingham, Manchester, Leeds, Belfast, Rotherham und weiteren Orten stattfanden, dabei zu Zusammenstößen mit Polizei sowie muslimischen beziehungsweise migrantischen Bürgerwehrartigen Gruppen führten und teils bis Redaktionsschluss andauern. Foto: CPGB-ML

Politik geführt, sondern nur zu weiteren orwellianischen Verschärfungen der Repressionen gegen ihre Kritiker.

Das britische *Establishment*, das wie auch in Deutschland und Frankreich das multikulturelle Projekt um jeden, wirklich jeden Preis aufrechtzuerhalten sucht, hat die anti-muslimische Aggression der Protestler und Randalierer sofort benutzt, um sich hinter die Muslime des Landes zu stellen, die als die eigentlichen Opfer des Dramas hingestellt wurden. Sie sind es, die nach Ansicht der herrschenden Klasse nun verstärkten Schutz brauchen, nicht etwa autochthone weiße Kinder wie die Ermordeten.

#### »RECHTSEXTREMER HASS«

Premierminister Keith Starmer zeigte nicht das geringste Verständnis für den »rechts-extremen Haß« der Protestler: Starmer zeigte sich auf einer Pressekonferenz am Donnerstagnachmittag wütend (so der Guardian vom 1. August; red.), als er die »winzige hirnlose Minderheit in der Gesellschaft ... eine Bande von Schlägern« verurteilte, »die Züge und Busse bestiegen, um in eine Gemeinde zu fahren, die nicht ihre eigene ist, eine Gemeinde, die eine schreckliche Tragödie zu beklagen hat, und die dann mit Ziegelsteinen auf Polizeibeamte warfen – Polizeibeamte, die nur 24 Stunden zuvor mit einem Angriff auf Kinder in ihrer Gemeinde fertig werden mußten«.

#### NIEDERKNIE FÜR MEDIALE LEITFIGUR

Derselbe Keith Starmer hat 2020 vor dem zum Heiligen erhobenen, drogensüchtigen Verbrecher George Floyd öffentlichkeitswirksam das Knie gebeugt (*Sky News* vom 9. Juni 2020: »George Floyd death: Labour leader Sir Keir Starmer takes a knee in support of Black Lives Matter movement«). Unter anderem via Facebook äußerte er

tiefes Verständnis für die »Black Lives Matter«-Proteste (die nach üblichem Verlaufsmuster rasch zu Plünderungen und Brandschatzungen ausarteten): »Ich bin schockiert und empört über den Tod von George Floyd in Polizeigewahrsam und habe mit Entsetzen beobachtet, wie Demonstranten, die friedlich ihr Recht auf Protest wahrgenommen haben, von der Polizei mit Gewalt angegriffen wurden. Der Tod von George Floyd hat wieder einmal den Rassismus und den Haß ins Licht gerückt, dem viele Menschen auf der ganzen Welt ausgesetzt sind, auch in unserem eigenen Land – vor allem aber den Rassismus, dem Schwarze auf der ganzen Welt ausgesetzt sind. (...) Jetzt ist es mehr denn je unsere Pflicht, uns der systemischen Rassendiskriminierung in unseren eigenen Gemeinschaften zu stellen, sie zu verstehen und anzusprechen, und insbesondere die Realität und die Auswirkungen des antischarzen Rassismus anzusprechen, der von der Black-Lives-Matter-Bewegung auf der ganzen Welt angesprochen wird.«

Die drei weißen kleinen Mädchen, getötet durch einen schwarzen Einwanderer, sind vor dem Hintergrund einer solchen Haltung ein feuchter Schmutz im Vergleich mit dem göttlichen George Floyd, der vor den Augen der Weltpresse in einem goldenen Sarg bestattet wurde. Ihre Ermordung zeigt kein »systemisches« Problem auf, und diesmal hat der Mob, der von nichts weiter als einem völlig unerklärlichen Haß angetrieben wird, keinerlei Berechtigung, öffentlich seine Wut zu zeigen. (Wem ein noch widerlicheres Beispiel für die »Hierarchie der Opfer« einfällt, kann es mir gerne über die Redaktion der *Sezession* zukommen lassen.)

Inzwischen haben sich etliche muslimische Banden organisiert, die gegen die Protestler kämpfen oder einfach nur generell Jagd auf Weiße machen. Ein »ethnischer Bürgerkrieg« scheint zum Greifen nah zu sein. Mobil gegen die Protestler machen auch zahlreiche linksextreme Gruppen, die durch

Provokationen und Falschmeldungen (etwa, daß muslimische Frauen Säureattentaten von weißen Rassisten zum Opfer gefallen wären) Öl ins Feuer gegossen haben und nun eine Chance wittern, sich öffentlichkeitswirksam als das moralisch überlegene »andere England« in Szene zu setzen, das sich dem häßlichen rechtsradikalen Mob heroisch entgegenstellt (ein Narrativ, das vom *Spiegel* natürlich ohne jeglichen Funken Kritik aufgegriffen wurde).

Sieht man von den Krawallen zu Ehren George Floyds im Jahr 2020 ab, die auch auf den britischen Inseln eine vogue waren, krachte es in England das letzte Mal so richtig fest vor punktgenau dreizehn Jahren, im August 2011 (vielleicht spielt ja auch die Sommerhitze eine Rolle). Ich kommentierte die Geschehnisse (Artikel »Vom Multikulturalismus zum Rassenkrieg«; »Tottenham und die Angst der Medien«).

Weil ein 29-jähriger schwarzer Drogendealer von der Polizei erschossen wurde, sahen sich männliche »Jugendliche« in London, Liverpool, Manchester, Coventry, Leicester, Birmingham, Bristol und anderen Orten veranlaßt, eine mehrere Tage andauernde Orgie an Brandschatzung, Plünderung, Raub und Vandalismus zu entfesseln, in deren Verlauf unzählige Geschäfte verwüstet, Fahrzeuge abgeackelt, 205 Menschen verwundet und fünf Menschen (unterschiedlicher ethnischer Herkunft) getötet wurden.

Zunächst handelte es sich dabei um einen Protest von Schwarzen gegen vermeintlich »rassistisches« Vorgehen der Polizei, nachdem diese einen farbigen Kriminellen getötet hatte. Dieses Muster liegt auch so gut wie jedem »Aufstand« in Frankreich zugrunde, sowie allem, was seit dem Fall Trayvon Martin im Jahr 2012 unter der Flagge »Black Lives Matter« gesegelt ist. Ausschlaggebend ist fast immer der Tod eines jungen, männlichen Kriminellen im Konflikt mit der Polizei. Mir ist jedenfalls kein Aufstand aus

# UNRUHEN IN ENGLAND

Den 17-Jährigen kommt es in Britannien zu Aufständen und Unruhen.

jüngerer Zeit bekannt, der ausgelöst worden wäre, weil ein Weißer einfach so kleine braune Kinder niedergestochen hätte. Das Gegenteil ist schon öfter passiert: Im Juni 2023 verletzte ein syrischer Asylbewerber im französischen Annecy vier Kleinkinder zwischen 22 Monaten und drei Jahren lebensgefährlich mit einem Messer (DW berichtete; red.), im November 2023 verletzte ein Algerier in Dublin eine Frau und drei Kinder zwischen fünf und sechs Jahren lebensgefährlich mit einem Messer, was ebenfalls gewaltsame Anti-Einwanderungs-Proteste auslöste (kein Mensch kann sich mehr daran erinnern).

Aber zurück zu Tottenham-London 2011: Nach der Initialzündung, die sich unzweifelhaft dem multikulturalistischen Pulverfaß verdankte, wurden die Randalen »diverser«. Glaubt man den Angaben auf der englischen Wikipedia-Seite, so variierte die rassische Zusammensetzung der Randalierer stark je nach Schauplatz. Laut einem Bericht des britischen Justizministeriums aus dem Jahr 2012 »identifizierten« sich 41 Prozent der Randalierer, die sich vor Gericht verantworten mußten, als weiß, 39 Prozent als schwarz, 12 Prozent als gemischtrassig, 6 Prozent als »asiatisch« (im britischen Sprachgebrauch in der Regel Inder und Pakistani) und 2 Prozent als ferner-liefen-Nebbich.

## URSACHEN WERDEN IM SOZIALEN UND ÖKONOMISCHEN GEFUNDEN

Medien und Intellektuelle zerbrachen sich den Kopf über die Ursachen dieses Gewaltausbruchs, die rasch im »Sozialen« und »Ökonomischen« verortet wurden. Der deutsche Wikipedia-Eintrag bietet hierzu gar »sozialwissenschaftliche« und »geisteswissenschaftliche Erklärungen«. Slavoj Žižek vertrat demnach »die These, dass die Unruhen Ausdruck des Scheiterns einer Konsumideologie seien, die zwar den Konsum zum Ziel der Gesellschaft erhebe, gleichzeitig aber Teilen der Gesellschaft die Möglichkeit zum Konsum vorenthalte. Das Problem der Gewalt sei demnach nicht die Gewalt selbst, sondern die Tatsache, dass sie das herrschende System affiziere, indem sie dazu genutzt werde, dessen Prämissen zu erfüllen. In diesem Zusammenhang kritisierte er die Gewalt als »Neid maskiert als triumphaler Karneval.«

Dergleichen liest sich wie seine eigene Parodie, ist aber wohl nicht ganz verkehrt. Jeder möchte am allgemeinen Wohlstand mitnaschen, aber es wird immer »deplorables« und sonstige geben, die, aus welchen Gründen auch immer, den Aufstieg und die Teilhabe nicht schaffen. So waren auch die Weißen, die 2011 mitplünderten und randalierten, vorwiegend junge Arbeitslose.

Was hat man nun den aktuellen, »fremdenfeindlichen« Protestlern verweigert? Was wollen sie »konsumieren«, um es im marxistischen Jargon von Žižek zu sagen? Hier ist die gegenüber Jim Goad geäußerte Meinung des rechten Aktivisten Mark Collett,

der seinerseits der englischen Arbeiterklasse entstammt: »Anständige, hart arbeitende weiße Menschen werden von Migranten abgeschlachtet, Migranten, denen man alles auf dem Silbertablett serviert, auf Kosten von anständigen, hart arbeitenden Menschen, und nun rasten weiße Menschen aus. Ich heiße gewalttätige Unruhen nicht gut, aber ich werde weiße Menschen nicht verurteilen, die für eine gerechte Sache auf die Straße gehen. Tatsache ist, daß diese weißen Menschen nur deshalb zu solchen Aktionen greifen, weil sie vom Staat im Stich gelassen wurden, weil sie zu Opfern gemacht wurden, weil sie im Wesentlichen mundtot gemacht wurden ... Es ist im Grunde so, als ob man drei Kinder hätte und man gibt ständig nur einem Kind Geschenke, hört nur ihm zu, verschafft ihm jeden erdenklichen Vorteil, während man die anderen beiden Kinder völlig ignoriert. Irgendwann werden diese beiden Kinder den Satansbraten spielen, um Aufmerksamkeit zu bekommen und zu sagen: »Wir wollen auch etwas davon!«

Goad kommentiert: »Diese Art von Ressentiment kann ich absolut nachvollziehen – vor allem, wenn man bedenkt, daß das Kind, das bevorzugt behandelt wird, adoptiert ist.« – Ist es nun also endlich so weit, beginnen die geduldigen, von Natur aus kaltblütigen Engländer, die sich viel, allzuviel gefallen ließen, endlich zu hassen und sich zu wehren, wie in dem berühmten Gedicht von Rudyard Kipling?

IT WAS NOT PART OF THEIR BLOOD,  
IT CAME TO THEM VERY LATE  
WITH LONG ARREARS TO MAKE GOOD,  
WHEN THE ENGLISH BEGAN TO HATE.

Das ist eher unwahrscheinlich, denn »die Engländer« sind immer noch vor allem durch eine Sache gespalten: das traditionelle Klassensystem, das immer noch subkutan auf erhebliche Weise wirksam ist. Der »weiße Aufstand« in England ist nämlich (wie Anno 2012) nicht bloß ethnischer Natur, sondern hat in der Tat auch starke soziale Aspekte. Mehr noch als in irgendeinem anderen Land des Westens ist der britische Multikulturalismus ein »Klassenkampf von oben«.

Die oberen und mittleren Schichten haben sich mit aggressiven Einwanderern gegen die weißen Unterschichten mehr oder weniger verbündet. Letztere sind hartnäckig »rassistisch« und erkennen Inder, Pakistanis, Jamaikaner, Afrikaner und so weiter nicht als die ihrigen an, während erstere die Solidarität mit dunkelhäutigen Menschen aller Art für eine Art Klassendistinktion, für ein Zeichen höherer Bildung, höheren Status und höherer Moral halten. Auch die Antifamitsamt Gruppen wie »Hope not Hate« hat überwiegend eine Mittelschichtbasis.

Wenn man also in Bezug auf England von einem »Bürgerkrieg« spricht, dann muß man beachten, daß die Fronten auch zwischen armen und reichen oder reicheren Weißen verlaufen. Auf lange Sicht sind freilich Mittel- wie Unterschicht dazu verurteilt, von den Folgen des Bevölkerungsaustausches

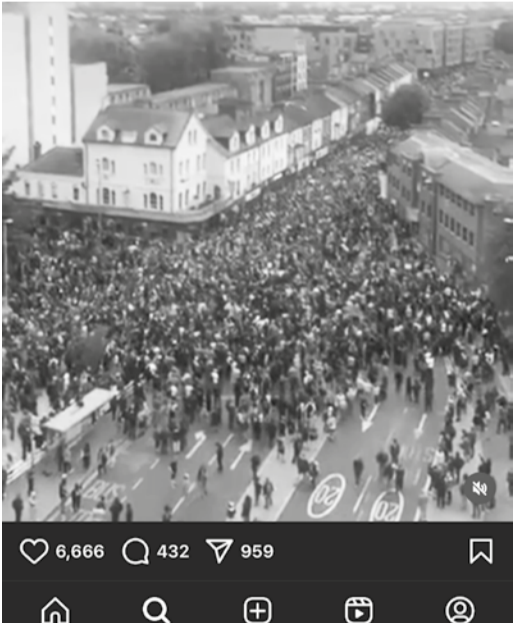
hinweggefegt zu werden. Während die Eliten ihr eigenes Spiel spielen und davon überzeugt sind, daß sie stets das Oberwasser behalten werden, sind die Mittelschichten von suizidalen Ideen infiziert, die eng mit ihrem Selbstwert als sozialer Klasse verbunden sind.

## AUFSTAND WEISSER PROLETARIER UND UNTERSCHICHTEN

Darum zeigen sie sich über Stephen Lawrence oder George Floyd oder andere anti-rassistische Schlager schockiert und empört, während sie das Schicksal von Kindern aus der weißen Unterschicht wie in Rotherham oder Southport kalt läßt. Die laufenden Proteste und Ausschreitungen bieten ihnen einen willkommenen Anlaß, sich über die randalierenden, primitiven »deplorables« zu erheben. Die ermordeten Kinder werden darüber hinweg vergessen.

Der gewaltsame Aufstand der weißen Proletarier und Unterschichten, die chaotisch und planlos agieren, wird vermutlich bald versanden, und auch diesmal keine Wende oder Revolution herbeiführen. Trotzdem bin ich mir sicher, daß die Messermorde von Southport viele Briten aufwecken und radikalisieren werden. In jedem Fall hat sich, wie schon 2011, die Brüchigkeit der Masseneinwanderungsgesellschaft erneut auf eine äußerst verstörende Weise offenbart. Erinnert sich noch jemand an Emma West? »My Britain is fuck-all now!«

Dieser Artikel des Wiener Buchautors und Journalisten Martin Lichtmesz erschien zuerst am 9. August 2024 auf der »neurechten« Seite Sezession.de. DW druckt diesen Beitrag mit Genehmigung des Originalbeitrags als eine fundierte Analyse und Meinungsbeitrag zur Debatte auf hohem Niveau ab.



Im Internet kursierendes Foto von den Zusammenkünften und Unruhen in Großbritannien, vermutlich aus dem walisischen Cardiff vom 3. August. Mit massiven Zensur- und Vefolungsaktionen versucht der Londoner Staatsapparat zusammen mit Internetkonzernen die freie Berichterstattung über die Erhebungen zu unterdrücken. Insbesondere werden Massenbilder zensiert. So kam es dokumentiertermaßen zu überfallsartigen Hausbesuchen bei Social-Media-Teilnehmern, die auf die Proteste in der Folge der Messermorde an den Mädchen hingewiesen hatten. Einzelne Ereignisse wie das Werfen von sogenannten Molotow-Cocktails (selbstgebaute Brandsätze) auf polizeiliche Straßenbarrieren mit Einsatzwagen blieben auch im Internet sichtbar. Staats- und Konzernmedien wie die umstrittene BBC berichten über die Unruhen fast gar nicht, die sich auf Dutzende mittel- und nordenglische Städte erstrecken (DW berichtete in #DW182). Foto: DW-Bildschirmfoto/Instagram



## DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

### WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spaziergehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurierbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

## WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf [demokratischerwiderstand.de/verteilen](https://demokratischerwiderstand.de/verteilen) die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

Fortsetzung vom Titel von Anselm Lenz

# FRIEDEN!

**Kein Währungszusammenbruch, keine dumpfe Herrschaftskaste, kein pervers lügender Medienapparat, kein Rüstungslobbyist und kein geschürter und ausgebeuteter Pogrom können das aufhalten, was die große Qualität des menschlichen Lebens ist: Sich zu verständigen auch über Mauern und Schützengräben hinweg. Unsere Herrscher sind nichts als perverse kleine Würstchen, wenn die Völker sich die Hand reichen und beschließen: Wir ziehen in den Frieden!**

Für meinen großen Kollegen Hendrik Sodenkamp und mich, unser Kollegium, unsere Freude und Mitstreiter im ganzen Land und weltweit, sind diese Tage selbstverständlich Tage des großen Triumphes. Wir haben nicht nur mit unseren Publikationen, Projekten auf dem Theater und Aktionen seit dem letzten »Crash« im Jahr 2009 auf ganzer Linie fundierte Analysen brauchbar gemacht – auf dass der Mensch sich selber ein Bild mache –, Nein wir haben auch im Moment des »Durchknallens« fast aller Systeme 2020 gehandelt und eine brauchbare demokratische Neuverständigung möglich gemacht. Nun geht es an die Durchführung!

Die Ziele der labellosen Demokratiebewegung lauten seit 28. März 2020

1. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MAßNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND.
2. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES & DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.
3. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIENPRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.
4. VOLKSENTSCHEIDE ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN ANGELEGENHEITEN (FRIEDEN, WÄHRUNG, WHO USW.).
5. VERFASSUNGSERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES MIT WIRTSCHAFTS- & SOZIALCHARTA AUS DEM VOLK SELBST.

Doch ohne Frieden ist alles nichts. Wenn die Völker in Zeter und Mordio versinken, gewinnt einzig das Teuflischste, das es auf Erden gibt – die totale Zerstörung und die herrschende Kaste. Das Großkapital der vorderen



Raub der Europa (Tizian, um 1560, Isabella Stewart Gardner Museum in Boston). Foto: Gardner Museum/CC

Reihen zieht sich bereits seit Ende 2019 in pervers-asoziale Bunkeranlagen auf Neuseeland zurück (DW berichtete). Die anderen »beglücken« uns mit Großprojekten »von Tesla bis Todesimpfe« (Johnny Rottweil).

Dabei könnte alles so vergleichsweise einfach sein. Das globale Kapital hat mal wieder sein Verfallsdatum überschritten. Kein Grund, in Dreißigjährigem Kriege oder gar »Dritten Weltkrieg« alles in Schutt und Asche zu legen. Was da ist, ist größtenteils brauchbar, eingeübt und nicht von schlechten Eltern. Wir müssen nach einer gemeinsamen Bewusstwerdung des Niedergangs einiger überkommener Systeme ein paar Strukturen sinnvoll neu aufsetzen. Das können wir.

## EUNUCHENTUM ODER ZUKUNFT?

Wie soll das Verhältnis von Kapital und Arbeit künftig eingerichtet sein? Wollen wir Freiheit und Nischen oder eine totalitäre Überwachung nach dem Gusto der »oberen 5.000«? Wollen wir überhaupt unter der Aufsicht dieser Herrscher und ihrer Programme stehen, die zuletzt versuchten, mit einer der größten Propagandakampagnen der Menschheitsgeschichte, uns allen das Eunuchentum schmackhaft zu machen (»reduce the population«, die Weltbevölkerung reduzieren, proklamierte die US-Vizepräsidentin Kamala Harris öffentlich als eines ihrer drei großen politischen Ziele).

Die corona-wahnsinnigen Täterinnen und Täter hatten tatsächlich Konzentrationslager für »Ungeimpfte« – es war nie eine Impfung im eigentlichen Sinne – auch in der BRD geplant. Wer sich konkret vor Augen geführt hat, was die Herrschaftsquellen um den »Tiefen Staat« der USA-UK-Brüssel-Ramstein-NATO im Zuge der Corona-Lüge im Verbund mit Teilen Pekings mit uns vorhatten (und sie haben etliches davon skrupellos umgesetzt), der kann nicht weiterdenken wie bisher. Fest steht seither: Wir sind umgeben von Strukturen, die bereits tief in unser menschliches

Leben auf der Erde und basalste Freiheiten eingedrungen sind – und das ganz offensichtlich nicht in guter Absicht. Sonst würde man sich uns offen vorstellen und uns das so unfasslich Gute freundlich anbieten.

Die große Frage ist also nicht nur eine Frage des Ersatzes alter Strukturen (neues gemeinschaftliches Rentensystem, sinnvolle Steuererklärungen, sinnvolle Arbeitsverteilung und Regelarbeitszeitverkürzung, gute Bildung, Familienfreundlichkeit und so weiter und so fort). Die große Frage lautet: Sind wir zu Abschaffungen fähig?

Werden wir Menschen in der Lage sein, ganze Rüstungskomplexe abzuwickeln oder ruckartig auf zivile Produktion umzustellen (etwa: exzellenter öffentlicher Nahverkehr). Wird es uns Deutschen gelingen, endlich aus der Nato auszutreten? Wird es uns Europäern (w/m) gelingen, die EU der Konzerne abzustreifen und zu einer menschenfreundlichen, »schlanken« Verbindung nach dem Abbild der helenischen Göttin Europa (Tochter des Agenor und der Telephassa) überzugehen? Eine, die die Interessen der Völker koordiniert, uns in freundliche Beziehungen zum afrikanischen Kontinent, zur Südhälfte, zu Russland stellt, ohne uns Menschen, die wir HIER sind, bis zur totalitären Selbstverleugnung zu schinden?

## NUR WIRTSCHAFTLICHE »LÖSUNGEN« ODER AUCH »DAS SCHÖNE«?

Werden wir in der Lage sein, über sozialen und wirtschaftlichen »Lösungen« das Schöne zu schaffen? (Die Frage »von rechts« ist berechtigt, warum es uns seit rund 100 Jahren kaum noch gelingt, schöne, großzügige Bauwerke zu erschaffen, die unsere Sinne erhöhen. Warum wollen so viele »im Altbau leben«, warum »göttliche« Kathedralen bewundern? Auch die wurden von Menschenhand erbaut. Zuerst: Warum kriegten wir fast nichts mehr hin, das uns allen etwas mehr gibt als das rein Profane, das immer Sparsamere, immer Engere, immer Plastikhaftere?) Steigen wir zurück auf die Erde, in diesem Fall, an die norddeutsche »Waterkant«: Der Hamburger Trunkenbold und Ober-Nuschler Udo Lindenberg hat wie so viele Künstler unter der Corona-Lüge leider völlig versagt und bei einem der umfang- und folgenreichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte mitgemacht. Er glaubte wohl, es sei ja »für'n guten Zweck, necht«? – Wie dem auch sei, eine Zeile aus seinen Liedern ist doch noch brauchbar: »Komm, wir zieh'n in den Frieden!«

Hin Da!

## KULTURKALENDER

17.08.2024 • Hanau; Amphitheater, Philippsruher Allee 45, 63454 Hanau • KONZERT • »Wir gehören zusammen« NENA live • 19:30 Uhr • Tickets: ab 55 € unter eventim.de

18.08.2024 • Braunsbedra; Grubenweg 4, 06242 Braunsbedra • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 16:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

20.08.2024 • Plauen; Marktscheune, Kobitschwalder Str. 100, 08527 Plauen/Neundorf • VORTRAG • »Ganzheitliche Welt-sicht« von Dr. Stefan Lanka • 19:00 Uhr, Einlass ab 17:30 Uhr • Tickets: 18 €, nur Abendkasse

30.08.2024 • Kessin; Gemeindezentrum Torkaten, Neubrandenburger Str. 5, 18196 Kessin bei Rostock • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:00 Uhr • Tickets: 15 € unter kabarett-musik.de, Anmeldung unter anja.lues@canja.de

30.08.2024-01.09.2024 • Magdeburg; Unterhorstweg (Salbker See), 39122 Magdeburg • FESTIVAL • »Friedensfestival« mit Filmvorführung, Podiumsdiskussionen und Vorträgen; Gäste: Prof. Dr. Martin Schwab, Perin Dinekli, Patrik Baab u.v.m. • Tickets und weitere Informationen unter www.MdFF.eu

31.08.2024 • Bremen; Sendesaal, Bürgermeister-Spitta-Allee 45, 28329 Bremen • INFORMATION/DISKUSSION • »Versuch einer Aufarbeitung« von Medizinern, Wissenschaftlern und Juristen wie z.B. Dr. jur. Beate Pfeil, Prof. Dr. Michael Meyen, Dr. rer. nat. Sabine Stebel u.a. • 13:30 Uhr – 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

08.09.2024 • Oststeinbek; Bürgersaal, Möllner Landstr. 22, 22113 Oststeinbek • VORTRAG • »Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession« von Prof. Dr. Stefan Homburg • 15:00 Uhr, Einlass 14:00 Uhr • Anmeldung erforderlich unter: leits-meet.org/reg/f3d7b892e-de3e833fc

28.09.2024 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalderstr. 23A, 10405, Berlin • KONZERT • »Voices for Gaza« Nirit & Orchester Shlomo Geistreich, Alexa Rodrian, Jens Fischer Rodrian, Captain Future u.v.m. • 19:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: ab 13,50 € unter protestnoten.de und 22,50 € an der Abendkasse

26.10.2024 • Berlin; Rudolf-Steiner-Haus, Bernadottestr. 90/92, 14195 Berlin • SYMPOSIUM • »Einblicke & Rückblicke – Alternative (Aus)Wege im gesellschaftlichen Wandel« mit Dr. Andreas Sönnichsen, Dr. Matthias Burckhardt und Dr. Michael Andrick • 11:00 Uhr – 18:00 Uhr • Tickets: ab 50 € unter menschheits-familie.de

10.11.2024 • Dobbrikow; Haus am Bauernsee, Nettgendorfer Str. 14, 14947 Nuthe-Urstromtal OT Dobbrikow • KONFERENZ • »Utopie« • 10:00 Uhr – 20:00 Uhr • Tickets ab 50 € unter emma-events.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an [veranstaltung@demokratischerwiderstand.de](mailto:veranstaltung@demokratischerwiderstand.de) Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyeclmLurGH59q7DQJLCSdinYndGyEyWt  
Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:

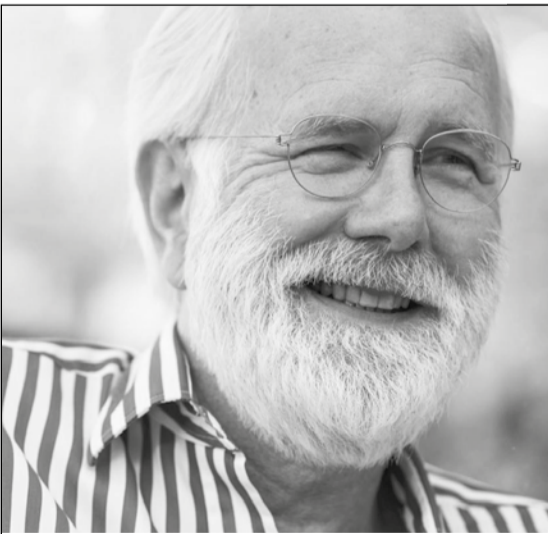


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?  
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 30 Millionen in 183 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 106 vom 1. Oktober 2024.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:  
[demokratischerwiderstand.de/abo](https://demokratischerwiderstand.de/abo)



ZITAT DER WOCHE

»Dieser Jubel, als es hieß, wir machen Ramstein zum Hauptquartier, hat auch mich irritiert. Ich gehe gern zum Christopher-Street-Day, möchte aber trotzdem kriegstüchtig sein? (...) Wahlergebnisse sind immer ein Zeichen dafür, dass wir eine tolle Demokratie haben. Nur viele sind mit den Wahlergebnissen nicht einverstanden.«

Der Showmaster Harald Schmidt (66) ironisch im Deutschlandfunk

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.  
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an  
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



**NÄNCY**  
Magazin für die deutsche Ex-Frau  
und den deutschen Ex-Mann Nr. 1  
Verlagshaus Sodenkamp & Lenz Berlin  
E-Mag auf Demokratischer  
Widerstand.de/NANCY  
ISBN 978-3-9826543-0-0



**DAS KONSPIRATIONISTISCHE  
MANIFEST.**  
Anonym  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-9-1



**CHRONIK EINER ABRECHNUNG.**  
Flo Osrainik  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-7-7



**DIE CORONA-LITANEI –**  
Gedichte gegen die verordnete  
Verödung des Lebens  
Dr. Werner Köhne  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-8-4



**DAS CORONA-ABC:**  
Von Alarmsismus bis Zensur  
Schwarzbuch Corona Band II  
Sven Magnus Hanefeld  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-6-0



**CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.**  
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,  
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,  
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-5-3



**WIE KONNTE ES NUR SO WEIT  
KOMMEN?**  
Gunner Kaiser (Hg)  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-3-9



**SCHWARZBUCH CORONA.**  
Erster Band. Die Erkenntnisse des  
Corona-Ausschusses  
Uli Gellermann, Tamara  
Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp &  
Lenz Verlagshaus,  
ISBN: 978-3-9822745-1-5



**JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRA-  
TIEBEWEGUNG 2020/21**  
Redaktion: Casey Koneth mit  
Beiträgen von u.a. Beate Bahner,  
Robert F. Kennedy Jr., Daniele  
Ganser, Prof. Giorgio Agamben  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-2-2



**JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRA-  
TIEBEWEGUNG 2021/22**  
Redaktion: Casey Koneth mit  
Beiträgen u.a. von Nina Adlon,  
Prof. Hans-Jürgen Bandelt,  
Ken Jebesen Milosz Matuschek  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-4-6



**SPORT MIT BERTHOLD  
OHNE ELTERN KEINE  
SPORTFÖRDERUNG**

**Sie haben Fragen wegen des mäßigen  
Abschneidens der deutschen Oympi-  
oniken im Medaillenspiegel? Fragen  
Sie doch bitte bei Frau Faeser nach!  
Die umstrittene Ministerin ist auch  
noch für den Sport zuständig.**

Die Achtung vor allen Athleten und die Freude an einzelnen, herausragenden Ergebnissen setze ich voraus. Mit circa 330 Millionen Euro Sportförderung vom Bund wird aber zu wenig Geld für die Sportförderung und den Spitzensport zur Verfügung gestellt. Gute Trainer und Strukturen kosten Geld.

Früher belegten die DDR und die BRD teils die Ränge drei und vier in den Medaillenspiegeln hinter Sowjetrussland und den USA. Heute steht für das vereinigte Deutschland noch Platz 10. Da den russischen Sportlern die Teilnahme versagt wurde, sprang faktisch nur Rang 11 unter den Sportnationen zwischen Italien und Neuseeland heraus. Kleinere Länder wie Holland und Australien erkennen anscheinend Potentiale früher und fördern effizienter. Erstaunlich: Das seit

über drei Jahrzehnten krisengeschüttelte Japan belegt Platz 3 im Mediallenspiegel der Olympiade von Paris. Sport steht also nicht unbedingt mit Wirtschaftsentwicklung und Demographie im Zusammenhang.

Spitzensport bedeutet Leidenschaft, Verzicht und Hingabe. Wenn ich der Beste werden will, dann muss ich alle Hebel in Bewegung setzen, um mein Ziel zu erreichen. Spaß an der Bewegung und der spielerische (und damit befriedende) sportliche Wettkampf sollten schon in der Schule beginnen, Sportförderung früh einsetzen. Doch eine Stunde Sportunterricht die Woche ohne Anbindung an den möglichen Leistungssport ist der Schnitt – was soll da schon rauskommen? Wenn die Kinder nicht durch die Eltern zum Sport gebracht werden, passiert eben gar nichts – außer »Mattenknallen« und »Abbacken«.

**MEHR KOMPETENZ, WENIGER  
EITLE FUNKTIONÄRE**

Mein Fazit zu Paris fällt ernüchternd aus. Im Vergleich zu anderen Ländern laufen wir der Musik hinterher. Ob eine Sportagentur, über die schon lange diskutiert wird, jetzt der Heilsbringer ist, kann ich nicht beurteilen. Weniger Bürokratie und schlanke Strukturen können sicher nicht schaden. Am Ende müssen sich alle an den Ergebnissen messen lassen. Mehr Kompetenz und weniger eitle Funktionäre würde ich empfehlen.

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



**KLAVIATUR DER  
ANGST**

**KOLUMNE CHRISTEN  
IM WIDERSTAND**

*Von Dr. med. Günther Riedl*

**»Angst essen Seele auf« heißt ein Film von Rainer Werner Fassbinder. Der Titel beschreibt die Toxizität andauernder Angst, die Psyche und Immunsystem schädigt und körperliche Erkrankungen hervorruft.**

Verängstigte haben keinen Überblick und halten sich an jemand, der Sicherheit verheißt. In die Corona-Angst hinein versprach die Regierung Abhilfe durch Impfstoffe – die Angstschürer boten sich als Retter an. So groß war die Panik, dass die meisten nicht wahrhaben wollten, damit vom Regen in die Traufe zu kommen. Angst führt zu falschen Entscheidungen, lässt Menschen zugunsten vermeintlicher Sicherheit auf Freiheiten verzichten.

Nun ist klar, dass alle »Maßnahmen« Lug und Trug waren und nicht Wissenschaft. Geht ein Aufschrei durchs Land? Folgen juristische Konsequenzen? Noch immer werden die Falschen verfolgt.

Wenn eine Lüge ausgedient hat, wird die Bedrohungslage neu definiert und eine andere Angstmelodie gespielt. Auf die Angst vor den Russen. Und unentwegt: die Angst vor dem Klimawandel. Klima geht immer – Klimaangst ist längst eine Volkskrankheit.

Die Mächtigen spielen nach Belieben auf der Klaviatur der Angst.

Doch auch von innen irritieren Ängste unsere Seele. Wie viel haben wir schon getan oder unterlassen aus Angst? »Was sollen die Leute denken? Was werden sie über mich reden?« Angst kann willfährig, aber auch untätig machen. Ebenso wie die Viren ist Angst für die Pharma-Industrie zum Geschäftsmodell geworden.

**DER ANGEL DER ANGST ENTGEHEN**

Das Heilmittel gegen Angst kann kein Psychopharmakon sein und kein Streben nach Sicherheit. Heilsam ist nur Vertrauen. Doch trau, schau, wem?

Lieber Leser, da dies eine christliche Kolumne ist, erwarten Sie nun bestimmt etwas Frommes – und ich enttäusche Sie nicht. Glauben Sie, dass Gott existiert? Viele tun das, aber was nützt es? Die Frage ist doch, wie Gott zu uns steht. Die Antwort ist, dass er uns liebt. Wie können wir das wissen? Weil er in Jesus anschaulich geworden ist, der aus Liebe zu Freunden und Feinden sein Leben ließ. Wer dies Opfer annimmt, ist mit Gott versöhnt und hat keine Existenzangst mehr, welche die Ursache aller Ängste ist.

Jesus sagt (Joh. 16,33): »In der Welt habt ihr Angst (Bedrängnis, Druck), aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden.« Wer ihn zum Anker hat, entgeht der Angel der Angst. Die Melodien der Angst finden keinen Widerhall mehr. Dann können wir uns die Frage stellen: »Was würde ich tun, wenn ich keine Angst hätte?« Da tun sich überraschende Möglichkeiten auf!

*Dr. Günther Riedl, 30 Jahre Kinderarzt in Uelzen, Öffentlichkeitsarbeiter, Botschafter des Reiches Gottes und Arzt für wo am nötigsten.*



*Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp*

**LIEBE LESERINNEN,  
LIEBE LESER,**

das Compact-Magazin kann wieder erscheinen und der Demokratische Widerstand ist an den Kiosken. Volle Fahrt voraus. Wenn Sie in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg oder Berlin wohnen, dann gehen Sie gerne jetzt zum Zeitungsladen Ihres Vertrauens und fragen Sie nach dem Demokratischen Widerstand. Entweder er ist da oder er wird in der kommenden Woche kommen. Hossa!

**JETZT AN  
DEN KIOSK!**

Wer gegen den Wind segeln kann, ist klar im Vorteil, aber wenn sich der eigene Untergang abzeichnet, wird wild um sich geschlagen. Der ukrainische Präsident Selenski gab in der vergangenen Woche den Befehl in Russland einzumarschieren. Mit dem Überraschungsangriff machten die ukrainischen Truppen vorerst einige Geländegewinne – und wurden dann doch gestoppt. Was für eine Überraschung. Währenddessen rückt die russische Armee auf breiter Front vor. Die Kriegswalze rollt sich Stück für Stück durch das Land. »Wir kämpfen bis zum letzten Ukrainer«, ist die Losung der Nato, seit dem 24. Februar 2024. Und diese Losung erfüllt sich jetzt. Der Ukraine geht mittlerweile schlicht das Menschenmaterial aus. Dieser Kriegsschauplatz ist für die Nato nicht mehr lange zu halten.

Zum Glück für unsere Herrschaften, kann in der Levante ein neuer Krieg hochgeschaukelt werden. US-amerikanische Flugzeugträger sind bereits vor Ort und die Inselrepublik Zypern kündigte an, ein Vielzahl von Flüchtlingen aufzunehmen, wenn es so weit ist. Bei aller Friedensrhetorik: Unser Herrscher wollen den Krieg und sie brauchen die Krise – schon allein, um den Mangel an Sinn etwas entgegen zu stellen, und um den nicht mehr zu kaschierenden kulturellen, sozialen und ökonomischen Niedergang einer äußeren Ursache zuschreiben zu können. Diese Leute haben fertig und sie führen einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Also uns.

**NICHTS IST  
VORHERBESTIMMT**

Eine Schlacht hat die Bundesinnenministerin Fäser nun verloren. Ihr brutaler und für viele einschüchternder Angriff auf die freie Presse in Deutschland wurde vorerst gestoppt. Wir feiern mit den Kollegen von Compact. Und wir sehen dennoch: Wäre nicht gerade Wahlkampf – auch CDU gegen die Ampelregierung –, dann wäre das Urteil wohl anders ausgefallen. Das Damoklesschwert des »Vereinsverbot« schwebt immer noch über jedem Unternehmen, dass sich anschnickt, sich kritisch zu äußern und damit Menschen zu erreichen..

Wir, mein Kollege Anselm Lenz und ich, haben als Verleger mit der Nāncy getan, was wir tun konnten, um das totalitäre Gebaren unserer Herrscherclique dem Gespött preis zu geben. Vielen Dank für den Zuspruch, den wir hier von sehr unterschiedlichen Seiten erfahren haben. Dass dieser uns auch aus gehobenen Behördenstellen zukam, gibt uns ehrlich Hoffnung. Wir sind überall. Ein Gruß an alle, die Panik bekamen und uns mit Nachrichten löcherten: Rückgrat siegt immer! Danke an all unsere Autoren, dass Sie das mit uns durchgezogen haben.

**KOMM INS OFFENE**

Unser Verlagsprogramm finden Sie links auf dieser Seite und auf demokratischerwiderstand.de. Und dort gibt es eben auch diese Zeitung im Abo. Wenn Sie jede Woche am Samstag zum Kiosk gehen möchten, können wir das auch gut verstehen. Es ist immerhin Sommer und wir haben allen Anlass, ein breites Kreuz zu machen.

*Mit demokratischen Grüßen  
Hendrik Sodenkamp, DW-Herausgeber und Verleger*

**Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unab abschaffbaren Grundrechte:**

**Artikel 1**  
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.  
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.  
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

**Artikel 2**  
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.  
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Artikel 3**  
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.  
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.  
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

**Artikel 4**  
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.  
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.  
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

**Artikel 5**  
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.  
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.  
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Artikel 6**  
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.  
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.  
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.  
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.  
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

**Artikel 7**  
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.  
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.  
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.  
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.  
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.  
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

**Artikel 8**  
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.  
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

**Artikel 9**  
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.  
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.  
(3) Das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

**Artikel 10**  
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.  
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

**Artikel 11**  
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.  
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

**Artikel 12**  
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.  
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.  
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

**Artikel 12a**  
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.  
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.  
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.  
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

**Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.  
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.  
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

**Artikel 13**  
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.  
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.  
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.  
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.  
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.  
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.  
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

**Artikel 14**  
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.  
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.  
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

**Artikel 15**  
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

**Artikel 16**  
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.  
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

**Artikel 16a**  
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.  
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.  
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.  
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.  
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

**Artikel 17**  
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

**Artikel 17a**  
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.  
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

**Artikel 18**  
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

**Artikel 19**  
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.  
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.  
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.  
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

**Artikel 20**  
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.  
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.  
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.  
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

**BIS ZUM UMFASSENDE SIEG!**

**ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG FÜR VERFASSUNGSERNEUERUNG**

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2024 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW184 erscheint am Samstag, 31. August 2024!

**SO GEHT ES:**

- Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
- Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
- Fünf Ausgaben per Postbestellung.

**BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER**

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	_____
TELEFON • E-MAIL	_____
STRASSE, HAUSNUMMER	_____
POSTLEITZAHL UND ORT	_____

DW-Zeitung  
Postfach 35 02 16  
10211 Berlin